



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

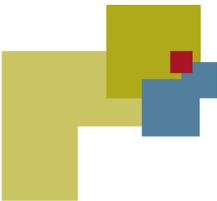


Für eine Neubewertung von Umwelt und Wachstum: Nachhaltigkeit in der internationalen Zusammenarbeit

Dokumentation von Beiträgen des Rates für Nachhaltige
Entwicklung zur globalen Politik

Was ist Nachhaltigkeit?

Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.



I	<i>Volker Hauff</i>	03
	Vorwort – Für eine Neubewertung von Umwelt und Wachstum: Nachhaltigkeit in der internationalen Zusammenarbeit	
II	<i>Klaus Töpfer</i>	05
	Umweltzerstörung und Armut als Wachstumsbremsen Jahreskonferenz des Rates, 2005	
III	<i>Rat für Nachhaltige Entwicklung</i>	16
	Welt ohne Nachhaltigkeitspolitik Stellungnahme zum Review der UN-Millenniumsziele, 2005	
IV	<i>Helga Stamm-Berg</i>	25
	Sustainet: Mit nachhaltiger Landwirtschaft gegen die Armut Diskussionsbeitrag, 2006	
V	<i>Jörg Janischweski, Mikael P. Henzler, W. Kahlenborn</i>	37
	The Export of Second-Hand Goods and the Transfer of Technology A Study Commissioned by the Council, 2003	
VI	<i>Günther Bachmann</i>	42
	NSDS Formulation and Implementation in Europe: Experiences and Good Practices Asia Europe Environment Forum (AEEF) Conference, 2005	
VII	<i>Rat für Nachhaltige Entwicklung</i>	58
	Important, Overdue and to Be Revised Comments on the Review of the European Sustainable Development Strategy	
VIII	<i>Volker Hauff</i>	67
	Early Warning and Long-Term Sustainability Major's Conference on Early Warning, Bonn, 26 March, 2006	

Inhalt

- I: UNEP Executive Director und Ratsmitglied Prof. Dr. Klaus Töpfer betonte in seiner Rede „*Umweltzerstörung und Armut als Wachstumsbremsen*“ beim 5. Jahreskongress des Nachhaltigkeitsrates 2005 die Notwendigkeit einer tatkräftigen und tabulosen Nachhaltigkeitspolitik.
- II: Das internationale Dialogprojekt „*BRICS+G Sustainability and Growth*“ macht das Gestaltungspotential **nationaler Strategien zur nachhaltigen Entwicklung** für den internationalen Austausch zu brennenden Fragen von Wachstum und Nachhaltigkeit deutlich. Es wurde vom Nachhaltigkeitsrat in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH durchgeführt.
- III: Die Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates „*Welt ohne Nachhaltigkeitspolitik*“ zum Review der UN-Millenniumsentwicklungsziele auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2005 klagt die großen Defizite einer nur halbherzigen und ineffektiven Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an, die eine Trendwende hin zur Armutsbekämpfung und zum Ressourcenschutz zwar verspricht, aber nicht organisiert.
- IV: Das Pilotprojekt „*Sustainet–Sustainable Information Network*“ ist eines der Pilotprojekte, die der Nachhaltigkeitsrat im Zuge der Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2002 vorgeschlagen hat. Die Bundesregierung hat das Projekt mit dem Ziel gestartet, Methoden und Faktoren zu identifizieren, die die großflächige Verbreitung nachhaltiger Landnutzungssysteme auf unterschiedlichen, besonders aber marginalen Produktionsstandorten begünstigen.
- V: Mit der Empfehlung zu einer in seinem Auftrag erstellten Studie „*Gebrauchtgüterexporte und Technologietransfer*“ hat der Nachhaltigkeitsrat auf ein bisher unbeachtetes Handlungsfeld hingewiesen.
- VI: In einem europäisch-asiatischen Erfahrungsaustausch im Rahmen der Asien-Europa-Umweltkonferenz 2005 in Jakarta stellte Dr. Günther Bachmann für das Netzwerk Europäischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) die europäische Erfahrung mit nationalen Strategien zur nachhaltigen Entwicklung vor.
- VII: Die Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates zur Fortschreibung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie zeigt Stärken und Schwächen des Entwurfs der Kommission zur Überprüfung der Strategie auf und spricht zentrale Empfehlungen aus.
- VIII: In seinem Vortrag im Rahmen des Bürgermeisterforums zur Katastrophenprävention unterstrich der Vorsitzende des Rates, Dr. Volker Hauff, die Notwendigkeit, Katastrophenschutz mit Nachhaltigkeitspolitik zu verbinden.

Weitere Materialien des Nachhaltigkeitsrates stehen im Internet unter www.nachhaltigkeitsrat.de bereit.

Vorwort

Für eine Neubewertung von Umwelt und Wachstum: Nachhaltigkeit in der inter- nationalen Zusammenarbeit

Für die globale Umweltpolitik und das wirtschaftliche Wachstum ist die Entwicklung von Ländern wie China und Indien ein Signal. Immer deutlicher wird, dass Naturkapital so nötig ist wie Finanzkapital und menschliches Kapital, wenn Wachstum zu mehr Nachhaltigkeit im Umgang mit Ressourcen und zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften beitragen soll. Der Schutz der Umwelt ist kein Luxus, den sich nur Reiche leisten. Wir müssen die Umwelt gerade als Existenzgrundlage für die Armen sichern. Bei den Auswirkungen des Klimawandels geht es – vielleicht nicht für Mitteleuropa, aber ganz sicher für große Teile der Welt – um das nackte Überleben.

Es ist klar: Wir benötigen einen neuen Ansatz der internationalen Politik. Ohne aktive Nachhaltigkeitspolitik ist er nicht zu haben. Ohne sie sind aber auch Frieden, Stabilität und gemeinsame Zukunft nicht zu haben. Denn so wie die Dinge heute liegen, ist die Natur das Kapital der Armen. Wenn die durch die Industrieländer ausgelöste Klimaänderung dieses Kapital aufzehrt, dann kann das als eine ökologische und kulturelle Aggression aufgefasst werden. Das hört niemand gern und nur wenige trauen sich, dies auszusprechen. Einer der wichtigsten ist Klaus Töpfer, der diese so unliebsame, aber auch so drängende Wahrheit als Direktor des UNEP-Programms und als Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung wiederholt ausgesprochen hat. Es ist wahr: Wir wälzen unsere Wohlstandskosten auf andere ab, anderswo in der Welt, und auf unsere Kinder und Kindeskiner. Wo der politische Wille zu effektiven

Maßnahmen überhaupt vorhanden ist, ist er leider viel zu wirkungslos organisiert.

Nachhaltige Entwicklung wurde als Begriff maßgeblich durch die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung geprägt. Erstmals hat die von der damaligen Ministerpräsidentin Norwegens, Gro Harlem Brundtland, geführte Kommission den Zusammenhang zwischen globalem Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung in „Nord“ und „Süd“ angemahnt. Weite Verbreitung und konkrete Umsetzung fand die Idee, eine nachhaltige Entwicklung zu gestalten, durch die Gipfel der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und in Johannesburg 2002.

Als die Bundesregierung im Jahr 2001 den Rat für Nachhaltige Entwicklung einberief, war seine Aufgabenstellung zunächst auf die nationale Diskussion ausgerichtet. Im Dialog mit der Bundesregierung hat der Rat jedoch von Beginn an darauf gedrängt, in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie den Blick auf die globale Verantwortung zu stärken.

Der Rat hat mit seinen Beiträgen zu internationalen Fragen neue Impulse gesetzt. In dem hier vorliegenden Band sind exemplarisch Beiträge zusammengestellt, die den Blick auf Felder und Instrumente richten, die in der deutschen Politik bisher wenig Beachtung gefunden haben.

Dem Leser wünsche ich viele Anstöße zur Weiterarbeit.

Dr. Volker Hauff, Bundesminister a. D. und Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung



Umweltzerstörung und Armut als Wachstumsbremsen

Rede von Prof. Dr. Klaus Töpfer zur 5. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Berliner Congress Center (bcc) Berlin-Alexanderplatz
6. September 2005

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrates, lieber Volker Hauff, Freunde und Kollegen aus der Welt. Ich freue mich, gute Bekannte hier zu sehen, my good old friend Evelyn Herfkens, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für die Millenniumsziele. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist mir eine große Freude, wieder einmal im Rat sein zu können. Man muss mich immer wieder daran erinnern, dass ich Ratsmitglied bin, nicht aber daran, dass ich zu der Ratsarbeit denkbar wenig beigetragen habe. Aber Herr Hauff ist Zeuge dafür, dass ich angeboten habe, nicht mehr weiterzumachen wegen meiner zeitlichen Beschränkung. Er hat doch darauf bestanden, dass ich dabei bin. Ich freue mich darüber. Und die Zeit geht ja ins Land; ich bin jetzt bald acht Jahre bei den Vereinten Nationen und Verträge laufen aus, und dann drohe ich Ihnen an, häufiger dabei zu sein, Herr Hauff.

Dies ist in der Tat eine außerordentlich wichtige Zeit. Nächste Woche Mittwoch beginnt der Gipfel 2005 in New York. Vor fünf Jahren hat das neue Millennium mit einer Sonderkonferenz der Generalversammlung

der Vereinten Nationen begonnen. Bei dieser Sonderkonferenz sind die so genannten Millennium Development Goals beschlossen worden. Acht Ziele mit – zum ersten Mal – ganz konkreten Zeitplänen und quantitativen Zielsetzungen, die geradezu einladen, nach einer gewissen Zeit überprüft zu werden, zu fragen, wo stehen wir bei der Verwirklichung dieser Ziele. Das Jahr 2005 ist dafür besonders gut geeignet, die Vereinten Nationen werden dieses Jahr 60 Jahre alt. Sie waren die Antwort der Völkergemeinschaft auf den Wahnsinn des Zweiten Weltkrieges, sie waren und sind mit ihrem Mandat ausgerichtet auf den Erhalt des Friedens in dieser Welt. Deswegen ist es gut, dass wir nach diesen 60 Jahren auf der einen Seite fragen, was aus diesen Millennium Development Goals geworden ist, aber dass wir auch fragen, wie das System der Vereinten Nationen intern und extern weiterentwickelt werden muss, welche Reformnotwendigkeiten gegeben sind. Und da darüber ja viel und nicht nur immer sehr objektiv gesprochen wird, möchte ich eines ganz deutlich sagen: Diese Welt braucht die Vereinten Nationen – mehr denn je!

Dieses multilaterale System ist nicht ersetzbar durch eine Zusammenreihung von regionalen Oligopolen, die im Zweifel ihre Lösung immer auf Kosten der Schwächeren erzielen werden. Wir brauchen ein System, in dem nicht „one dollar – one vote“ gilt, sondern in dem „one nation – one vote“ bestehen bleibt. Ich glaube, dass dieser Reformprozess, der natürlich auch Antwort geben wird auf interne Schwächen dieses Systems, uns deswegen eine neue Perspektive geben muss. Und lassen Sie mich auch hinzufügen: Der Erfolg oder Misserfolg dieser Generalversammlung sollte bitte nicht davon abgeleitet werden, in welcher Form der Sicherheitsrat in der Zukunft tagt. Es ist wichtig, darüber nachzudenken, wer ein ständiges Mitglied im Sicherheitsrat ist, aber die Bedeutung dieses Gipfels geht weit darüber hinaus. Lassen Sie uns auch die Fragen der Entwicklung ganz eindeutig in den Vordergrund der Erfolgskriterien dieses Summits stellen.

Meine Damen und Herren, hat das eine Querverbindung zu dem Thema, das wir haben? Kofi Annan hat zur Vorbereitung der Generalversammlung ein – wie ich glaube – außerordentlich gutes Grundsatzpapier geliefert. Unter der Überschrift „In Larger Freedom“ – in größerer Freiheit. Darin sind neben dem organisatorischen Kapitel drei wichtige Teilbereiche herausgearbeitet. Er hat darauf hingewiesen, dass „In Larger Freedom“ zunächst „Freedom from Want“ bedeutet – also Freiheit von Armut, Freiheit von materiellen Bedrängungen, die Perspektivlosigkeit

und Unfreiheiten in dieser Welt bedeuten. Er hat zweitens hervorgehoben, dass wir „Freedom from Fear“ brauchen. Wir müssen aus der Sorge um und aus der Bedrohung durch Konflikte herauskommen, wir müssen den Terrorismus bekämpfen, wir müssen alles daransetzen, dass Probleme in dieser Welt friedlich durch Verhandlungen und nicht durch den Einsatz von Waffen gelöst werden. Und er hat drittens gesagt, dass wir „Freedom to Live in Dignity“, die Freiheit, in menschlicher Würde zu leben, brauchen. Das gilt in ganz besonderer Weise mit Blick auf die Einhaltung der Menschenrechte in der ganzen Welt, mit Blick auf die „Rule of Law“, auf die Geltung des Rechtes und die Verlässlichkeit rechtlicher Grundlagen. Dies sind die drei Schwerpunkte. Und der Generalsekretär hat deutlich gemacht, dass keine von den dreien erreicht werden kann, wenn sie nicht zusammen gesehen werden.

Wir werden keinen „Freedom from Fear“ haben, wenn wir die Entwicklungsproblematik nicht bewältigen. Wir werden keine Möglichkeit haben, in Würde zu leben, wenn es uns nicht gelingt, die Entwicklungsproblematik zu bewältigen. Insofern ist dieses „Freedom from Want“ nicht eine Ökonomisierung unserer Probleme, sondern eine Grundlage von Friedenspolitik. Nachhaltige Entwicklung ist die Friedenspolitik, die wir einbringen müssen, um Ursachen für Konflikte erst gar nicht auftreten zu lassen. Das ist im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

Im Abschnitt „Freedom from Want“ hat der Generalsekretär ausgeführt – ich zitiere in meiner Übersetzung: As you know, German is not an official language of the United Nations. That makes speeches in Germany more difficult because all the materials I receive are in English and I have to translate them. By the way, please inform your children, the best investment one can make is learning languages. It is a precondition for success. Sie glauben gar nicht, was man für Probleme gehabt hat vor acht Jahren, als ich nach Nairobi kam, natürlich überzeugt, dass ich gut Englisch spreche. Ich muss sagen, in dem Bundeskabinett, dem ich vorher lange Zeit angehört habe, war ich nach Volker Rühle der zweitbeste Englisch Sprechende. Aber in Nairobi musste ich dann eine harte Erfahrung machen. In der Zwischenzeit ist mein Englisch immer noch ein fürchterliches deutsches Englisch. Ich sage aber immer zu unseren englischen Kollegen, dass dies der Preis ist, den sie für die Globalisierung ihrer Sprache zahlen müssen.

Also, meine Übersetzung der wichtigen Ziffer 57 des Papiers von Kofi

Annan: Unter der Überschrift des siebten Millenniumsziels „Ensuring Environmental Sustainability“ – Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit – schreibt er: „Wir alle hängen fundamental von den Systemen der Natur und ihren Leistungen für unsere Existenz und Entwicklung ab. Unsere Anstrengung, Armut zu besiegen und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, werden vergeblich sein, solange Umweltzerstörung und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen unverändert weitergehen.“ Kofi Annan sagt an dieser Stelle, die Umwelt ist so etwas wie ein roter Faden, der durch alle diese acht Millenniumsziele hindurchgeht. Wir werden Umweltzerstörung beseitigen müssen, wenn wir Armut bekämpfen wollen. Und ich glaube, das ist auch ganz einsichtig.

Wir haben viel zu lange die Meinung vertreten, es gebe eigentlich nur zwei Kapitalbereiche für Entwicklung – das Finanzkapital und Humankapital. Ich weiß, Humankapital darf man nicht sagen, das ist ein Unwort. Also Finanzkapital und Wissen und Können, die Kreativität und die Ausbildung der Menschen. Und wir haben immer darauf hingewiesen, dass natürlich Re-Investitionen erforderlich sind, dass man nicht vom Bestand, dem Kapitalstock, sondern nur von den Zinsen leben kann. Wir haben in das human capital investiert. Wir haben Kapitalinvestitionen ermöglicht durch Sparprozesse. Aber wir haben uns über lange Zeit hinweg der Illusion hingegeben, dass es so etwas wie Umweltkapital nicht gibt. Dass man die Umwelt, das Umweltkapital zum Nulltarif nutzen kann und man in diesen Kapitalstock nicht re-investieren muss. Und wir sehen jetzt, dass diese Überlegung nicht weiter tragfähig ist und auch keine wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse ermöglicht. Wir haben gemeinsam mit vielen Wissenschaftlern kürzlich den „Millennium Ecosystem Assessment“-Bericht vorgestellt. Das ist eine Bewertung der Ökosysteme dieser Welt zum Ende des letzten Jahrtausends. Diese Bewertung ist etwas Neues. Wir haben zum ersten Mal nicht gefragt, wie es mit den Roten Listen dieser Welt aussieht. Wir haben nicht die einzelnen Arten gezählt und gefragt, wo sind sie, inwieweit sind sie noch da, sind sie schon untergegangen; sondern wir haben umgekehrt gefragt: Welche Ökosysteme sind denn vorhanden, und wie weit sind sie schon genutzt? Wenn Sie so wollen: Wie steht es um das Umweltkapital in dieser Welt und wie weit haben wir dieses Umweltkapital schon reduziert? Die Gesamtergebnisse sind wirklich Besorgnis erregend. 60% der Ecosystem Services, dieser Dienstleistung der Natur, sind in hohem Maße übernutzt, weil wir uns den Luxus leisten, wirtschaftliche Wachstumsprozesse immer noch ohne Re-Investition in dieses Umweltkapital durchzuführen.

Dies ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, keineswegs so etwas wie die Luxusüberlegung der hoch entwickelten Länder. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben gerade vor wenigen Tagen in Washington den Jahresbericht des World Resource Instituts, eine der bekanntesten Denkfabriken dieser Welt, vorgestellt. Der Titel des Berichts lautet „The Wealth of the Poor, Managing Ecosystems“. Wenn wir die Ökosysteme nicht pflegen, werden gerade die Armen keine Entwicklungsmöglichkeiten haben. Wir brauchen sichere Investitionen in Ökosysteme. Wir müssen mit den Armutsprogrammen der Länder konkret belegen, dass eine Investition in Umwelt rentabler ist als eine Investition in den harten Kapitalstock.

Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Wir hatten vor wenigen Tagen die „Wasserwoche“ in Stockholm. Ich habe an einer Veranstaltung mitgewirkt, die sich in besonderer Weise mit der Verbindung zwischen Energie und Wasser beschäftigt, also mit der Frage nach der Entwicklung von Dämmen und Wasserkraft in dieser Welt. Das ist ein ziemlich intensiv und kontrovers diskutiertes Thema. Und um es deutlich zu sagen, ich gehöre nicht zu denen, die sagen, wir dürfen keine Dämme mehr bauen. Ich bin auch nicht derjenige, der sagt, wir dürfen keine großen Dämme mehr bauen. Die Differenzierung sollte nicht zwischen großen und kleinen Dämmen, sondern zwischen gut geplanten und schlecht geplanten und umgesetzten Dämmen gemacht werden. Und wir in Europa sollten uns sehr mit Ratschlägen an andere zurückhalten, denn wir haben unsere Wasserkraft zu 98% ausgeschöpft und wollen jetzt anderen empfehlen, sie nicht zu nutzen.

Zurück zu meinem Beispiel aus Kenia. 1980 wurde in Kenia ein großer Damm gebaut und etwa 50% der Energieversorgung und ein großer Teil der Wasserversorgung werden durch diesen Damm gewährleistet. Als er gebaut wurde, hatte er ein Fassungsvermögen von 1,4 Mio. Kubikmetern, 25 Jahre später hat er noch ein Fassungsvermögen von etwas über einer Million. Der Grund: Durch Rodung und Rückgang der Wälder am Oberlauf im Einzugsgebiet dieses Dammes sind Sedimente in verstärktem Umfang in diesen Damm eingeflossen und haben die Kapazität dieses Dammes um etwa 30% in 25 Jahren vermindert. Das Einzugsgebiet dieses Dammes war geprägt durch einen umfangreichen Kaffeeanbau in einer durch Terrassen gegliederten Landschaft, die eine Bodenerosion weitgehend verhindert. Der massive Einbruch der Kaffeepreise bewirkte eine völlig andere Nutzung dieser Landschaft mit einer verstärkten Bodenerosion in diesem Bereich und einer Sedimentablagerung in

den Flüssen. Die Schlussfolgerung ist, dass wir neue Kapazitäten zur Wasserhaltung in der Landschaft schaffen müssen, weil wir die natürlichen Rückhalteöglichkeiten der Natur zerstört haben. Feuchtgebiete sind Wasserrückhaltesysteme. Sie zu beseitigen bedeutet, dass man an irgendeiner anderen Stelle Dämme bauen muss. Ich habe das ja als Umweltminister von Rheinland-Pfalz noch miterlebt. In jeder Gemeinde am Rhein gibt es ein Tulla-Denkmal oder eine Tulla-Straße. Und ich habe mich immer gefragt, wer das war. Johann Gottfried Tulla war der große Ingenieur, der wesentlich dazu beigetragen hat, dass der Rhein begradigt wurde und dadurch wesentlich kürzer geworden ist. Man hat ihn gefeiert, geehrt und war froh, zusätzliche Flächen für Siedlung und für Landwirtschaft zu finden. Hinterher hat man gemerkt, dass sich die Ablaufgeschwindigkeit des Rheines natürlich verändert hat. Und jetzt ist man bis zum heutigen Tag dabei, so genannte Retentionsräume, Polder zu bauen, die dazu beitragen, die Hochwasserspitzen um einige Zentimeter zu reduzieren – genau an den Stellen, wo wir eigentlich vorher den Vorteil der veränderten Landnutzung gehabt haben. Der Volksmund sagt so schön, man sollte nicht pfennigweise klug und talerweise dumm sein. Um auf mein voriges Beispiel aus Kenia zurückzukommen: Bevor ich irgendwo sage, wir müssen einen Damm bauen, muss ich zunächst einmal fragen, was denn am Oberlauf dieses Einzugsgebietes getan wird, um die natürliche Retentionsmöglichkeit des Wassers zu erhalten. Mit einer solchen Herangehensweise ist gleichzeitig auch ein Beitrag zum Erreichen des Millenniumszieles 7 geleistet, das bis 2015 die Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser fordert. Das Wasser kommt eben nicht bloß aus dem Hahn. Und wir brauchen nicht Wasser für die Umwelt, sondern wir brauchen Umwelt für Wasser. Und mehr und mehr wird das klar. Viele Menschen in unseren Partnerländern wissen eigentlich heute genau, dass wir eigentlich Feuchtgebiete wieder einrichten müssen, damit der Druck auf unser Flusssystem verringert wird. Viele kommen zu uns und sagen, wir können nicht schlicht und einfach weiter abholzen, weil dadurch die Konsequenzen für unsere wirtschaftliche Entwicklung und für die Versorgungssicherheit, etwa mit Wasser in diesem Beispiel, in Frage gestellt wird.

Zu den Feuchtgebieten ein zweites Beispiel. Wir haben es in der Tragödie des Tsunami ja genau gesehen und wir sehen es an vielen anderen Stellen: Ökosysteme wie die Mangrovenwälder, Marschgebiete, Korallenriffe, Salzwiesen sind uns allen sehr wichtig unter dem Gesichtspunkt der schützenswerten Arten. Aber sie sind vor allen Dingen

wichtig, weil sie die natürlichen und wirksamen Abwehrsysteme der Natur gegen solche Katastrophen darstellen. Sie können sehr deutlich sehen, auch im Indischen Ozean, dass dort, wo Mangrovenwälder geopfert worden sind, um Shrimps in groß angelegten Farmen zu züchten, die Konsequenzen des Tsunamis wesentlich weitreichender waren. An das Naturkapital zu denken ist also mehr als nur eine Betrachtungsweise derer, die sonst keine anderen Probleme haben. Ich mache es immer wieder deutlich: The environment is not the silk tie of the well-off people, Umwelt ist nicht der Hermes-Schlips. Es ist nicht die Luxusmaßnahme für die hoch entwickelten Länder, sondern die Erhaltung des Naturkapitals ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir auf Dauer Armut in dieser Welt überwinden können. Wir müssen in Ökosysteme investieren, weil der Return on Investment dieser Investitionen außerordentlich gut ist. Das haben uns die Millennium Development Goals gezeigt. Und daran werden wir weiter arbeiten.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen wird hochrangig unterstützt. Wir hatten zum ersten Mal in unserer diesjährigen Verwaltungsratssitzung den Vizepremier Zeng Peiyan aus China. Der Vizepremier hat eine bemerkenswerte Rede gehalten. Er hat ganz klar gesagt, dass die Herausforderungen jetzt darin bestünden, die Umweltvoraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Entscheidung, das Bruttosozialprodukt in China bis zum Jahre 2020 zu vervierfachen, möglich wird. Der Engpass für diese Verwirklichung des Zieles der Chinesen ist das Umweltkapital, ganz eindeutig. Und deswegen kommt mein Freund und Kollege, der Umweltminister Xie Zhenhua, aus China zu uns nach Nairobi, um gemeinsam an der Circular Economy, der Kreislaufwirtschaft, zu arbeiten. Kreislaufwirtschaft ist so etwas wie unser Exportartikel par excellence. Wir müssen danach fragen, wie es uns gelingen kann, die Kreise wieder zu schließen und aus der Wegwerfgesellschaft herauszukommen. Das hat etwas zu tun auch mit der Verantwortung der ethischen Verpflichtung zur Bewahrung von Schöpfung. Aber es hat in hohem Maße etwas damit zu tun, dass das Bruttosozialprodukt von Ländern wie China oder Indien nicht in kurzer Zeit jährlich um 9% wachsen kann, weil die Umweltbelastungen und damit die Abschreibung des Umweltkapitals zu groß werden. Der Vizepremier von China fragt nach der Circular Economy, er fragt nach „changing consumption and production patterns“, wie wir Konsum- und Produktionsmuster verändern können. Er fragt nach der Produzentenverantwortung in China, weil eine Fortführung des bisherigen Wachstumsprozesses zu sehr auf Kosten der Umwelt geht und im

Zweifel das Wachstum selbst in Frage stellt. Das ist die entscheidende Sache und zeigt, dass die Stellgröße für Entwicklungsprozesse eben nicht nur das wirtschaftliche Ergebnis sein kann.

Ich habe immer das schöne Beispiel vor Augen, wie ich es in dem kleinen Königreich Bhutan im Himalaya kennen gelernt habe. Ein König, der für sein Land fordert, wir wollen nicht die Steigerung des Bruttosozialproduktes zu unserem Ziel machen, sondern wir wollen die Steigerung, wie er sagt, des „gross national happiness“ zu unserem Ziel machen. Ich gebe zu, als ich mit dem König in dieser schönen Stadt Timpu diskutiert habe, bin ich auch dem Lächeln anheim gefallen, das ich hier gesehen habe. Als ich aus der Diskussion herauskam, war ich gar nicht mehr sicher, ob ich lächeln sollte. In Bhutan hat man sich zum Beispiel das Ziel gesetzt, den Waldanteil nicht unter 70% sinken zu lassen. Das ist für das Bruttosozialprodukt eine große Belastung, aber für die Zufriedenheit der Menschen eine großartige Angelegenheit. Es gibt weitere dieser Beispiele. In China nennt man dieses den All-inclusive-Entwicklungsprozess, der nicht nur die ökonomischen Größen, sondern auch gesellschaftliche Prozesse einbindet. Und wenn Sie darüber diskutieren, dann werden Sie genau sehen, dass solche Veränderungen dringend notwendig sind. Wir müssen die ökonomischen Veränderungen auch in die kulturelle und spirituelle Situation eines Landes und einer Gesellschaft einbinden. Es ist nicht hinreichend, wenn wir nur diese drei Kapitalbereiche nehmen – Finanz, Human und Umwelt. Wir müssen auch das Kulturkapital, das sehr eng mit dem Humankapital verbunden ist, mit berücksichtigen. Es ist immer wieder klar und deutlich geworden, dass zwischen diesen Bereichen enge Abhängigkeiten bestehen, die wir nur mit ganz großen Kosten aufheben können. Wir dürfen der Globalisierung die individuelle, kulturelle Identität der Menschen, aber eben auch die biologische Diversität nicht zum Preis geben, weil es zu einer Destabilisierung dieser Globalisierung führen wird.

Belastungen von Ökosystemen sind wirtschaftliche Wachstumsbremsen. Wo Ökosysteme ihre Funktion verlieren, werden Wachstumsprozesse leer laufen. Das ist zu unterstreichen. Und das ist nicht nur in diesem Bereich so, das ist in vielen anderen Ökosystemen auch der Fall. Wir werden, wie auch immer sich die weitere Entwicklung darstellt und welche Nachweise wir über die Veränderung des Klimas bekommen, gar nicht daran vorbeikommen, eine drastisch kohlenstoffärmere Energieversorgung zu entwickeln. Schon aus ökonomischen Gründen ist das sinnvoll. Es kann doch kein Mensch erwarten, dass die

Überwindung von Armut, wie es so dringlich notwendig ist, erreicht werden kann ohne eine deutliche Erhöhung der Energienachfrage. Bisher haben wir immer gesagt, 1 % Wachstumsentwicklung ist mindestens 1 % Zuwachs der Energienachfrage. Und wenn wir diese Wachstumsraten in den dynamischen Entwicklungs- und Schwellenländern sehen, dann wissen wir, welche Energienachfrage damit verbunden ist. Wenn dieser Nachfrage nur auf der Grundlage fossiler Energieträger nachgekommen wird, dann können wir nicht erwarten, dass dann diese Energieträger nicht in ihren Preisen wesentlich ansteigen und damit wiederum zu einer Wachstumsbremse werden. Also: Selbst wenn es keine Diskussion über Klimawandel gäbe, müsste jeder daran arbeiten, eine Energieversorgungsstruktur zu bekommen, die so kohlenstoffarm wie nur irgend möglich ist. Und wir müssen daran arbeiten, dass die Energienachfrage so effizient ist wie nur irgend möglich. Auf beiden Seiten dieser Gleichung, bei Energienachfrage und -angebot, muss hart gearbeitet werden. Aber es kommt hinzu, dass Klimawandel keine Vision für die Zukunft ist, sondern jetzt schon stattfindet. Viele binden das an die extreme Wettersituation. Es wäre leichtfertig, bei diesen komplexen Zusammenhängen schlicht eine 1:1-Relation herzustellen. Aber richtig ist, dass uns die Wissenschaftler seit langer Zeit sagen, mit dem Klimawandel werden die Zahl und die Intensität extremer Wettersituationen zunehmen. Das können wir sagen. Wir können nicht sagen, dass und in welchem Ausmaß eine einzelne, ganz bestimmte Wetterkatastrophe klimabedingt ist. Aber dass es eine solche Zunahme von kritischen Wettersituationen gibt, ist unstrittig. Fragen Sie bei den Rückversicherungen nach. Wenn Sie deren Schadensbilanzen sehen und die Anstiege, dann wissen Sie, dass das nicht die nervöse Reaktion von irgendwelchen Ökofreaks ist, sondern ganz unmittelbare ökonomische Tatsachen sind. Dabei muss man auch wieder die soziale Komponente sehen, denn die tatsächlichen Schäden sind etwa 60 bis 70 % höher als die versicherten Schäden. Das heißt, dort, wo die Menschen sich nicht versichern können, sind diese Schäden eben nicht finanziell abgepuffert. Deswegen müssen wir uns auch in der Entwicklungszusammenarbeit Gedanken machen, wie wir Versicherungssysteme für Menschen erreichen können, die sich eine Versicherung sonst nicht leisten können. Wir sehen in der unterschiedlichen Schadensbilanz diese Abwälzung von Umweltbelastungen aus unserem Lebensstil auf andere. Wir haben also Klimawandel und wir sehen es in den schleichenden Veränderungen ja noch viel deutlicher als in den angesprochenen extremen Wettersituationen. Ich bin zusammen mit acht Umweltministern vom norwegischen Umweltminister Børge Brende

vor eineinhalb Jahren eingeladen worden, auf einem Eisbrecher in die Arktis zu fahren. Es ist ja nicht Prognose, dass das Eis schmilzt, es ist eine Tatsache. Wir können dieselben Beobachtungen im Himalaja machen, mit der Veränderung der Gletschersysteme in den Alpen genauso. Wir sehen, dass Klimafolgen sich ereignen. Und wir sehen, dass damit Konsequenzen verbunden sind. Und deswegen ist wiederum zu sagen: Wenn ein System wie die Atmosphäre ihre Aufnahmefähigkeit für Schadstoffe überschreitet, sind die Konsequenzen sehr ökonomisch. Sehr ökonomisch! Und gerade wiederum vor allem eine Belastung für die Ärmsten der Armen.

Wir alle sind überzeugt, dass wir unsere Verschuldung im finanziellen Bereich nicht zu hoch ansetzen sollten, weil wir damit kommende Generationen belasten. Wir haben in Europa einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, in dem man eine maximale Verschuldung von 3% einhalten muss. Es gibt aber keinen Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Frage, wie wir das Umweltkapital nutzen und übernutzen. Wir belasten kommende Generationen durch die Überlastung des Umweltkapitals mehr, als wir sie durch Verschuldung im monetären Bereich belasten. Ich habe immer gefordert, eine Bestandsaufnahme des Naturkapitals zu machen. Wer es über x% übernutzt, muss in den nächsten Jahren nachweisen, dass er in dieses Umweltkapital wieder investiert hat, weil er für andere eine Problematik darstellt. Warum können wir das nicht machen? Die Instrumente dafür werden wieder intensiv diskutiert. Es wäre nicht etwas Brandneues, was wir bisher nie gedacht haben, sondern etwas, das dummerweise noch nie gemacht worden ist.

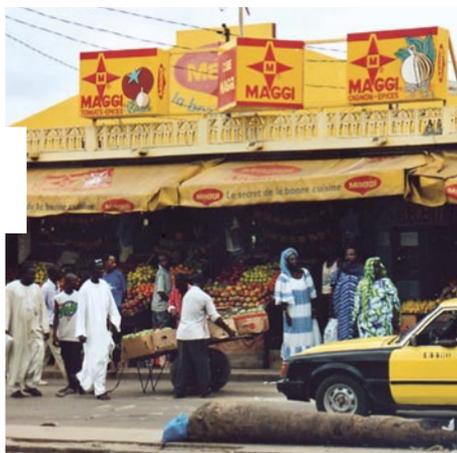
Ich erinnere mich an meine Zeit als deutscher Umweltminister. Das ist lange her, vielleicht waren einige noch nicht geboren. Da haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet – Herr von Lersner, Sie wissen es –, die mit der Frage betraut war, ob wir ein Green National Product berechnen können, ob wir also der Berechnung des Bruttosozialprodukts die Berechnung der damit verbundenen Ressourcen verzehrter Umwelt zuordnen können. Viele hochrangige Wissenschaftler waren involviert. Es war hinterher so ein großes Projekt, dass niemand daranging, es zu verwirklichen. Heute weiß ich, dass mein Kollege in China sagt: „We need to calculate the green GDP.“ Sie wollen genau diese Frage wieder stellen. Wie hoch ist denn eigentlich der Ressourcenverbrauch und wie können wir dazu beitragen, dass er gezielt den Abbau verhindert und durch Re-Investition wieder aufgebaut wird? Wie sieht denn eigentlich die Belastung des Bruttosozialproduktes unter Berücksichtigung des

Umweltverzehr aus? Das sind nicht irgendwelche Spinnereien, sondern etwas, was heute massiv angefragt wird, und eingebunden ist die Entwicklungszusammenarbeit. Solche Überlegungen sind das Echo auf die Erkenntnis, dass wirtschaftliches Wachstum gebremst wird, wenn Sie Ökosysteme überfordern oder wenn Sie soziale Systeme nicht stabil erhalten können. Es ist nicht nur an sich wichtig, sondern es ist unsere ethische Verpflichtung. Es ist nicht nur die Frage der Erhaltung der Vielfalt – ein Ziel in sich selbst, so wichtig das für mich ist –, sondern es ist ein Beitrag zur ökonomischen Stabilität dieser Welt. Und damit wiederum ein Beitrag zur Stabilität von Gesellschaftssystemen und damit eine vorsorgende Maßnahme zum Abbau von Konflikten. Es ist, wenn Sie so wollen, die Investition in Frieden.

Viele Leute sprechen davon, dass die nächsten Kriege Wasserkriege sein werden. Da muss ich doch fragen, was sind denn die Abrüstungsinstrumente für diese Wasserkriege? Es sind Investitionen in die Zusammenarbeit – das ist der entscheidende Punkt.

Lassen Sie mich das abschließend sagen: Als ich vor acht Jahren nach Kenia ging als deutscher Bundesminister, war es nicht nur elendig bestellt mit meinem Englisch, sondern es war elendig bestellt mit meinem Problemverständnis. Mein Problemverständnis, das sehr viel mehr die Eigenständigkeit der Umweltpolitik gesehen hat. Heute bin ich der festen Überzeugung, dass Umwelt für Entwicklung notwendig ist. Das ist unser Motto bei UNEP: „Environment for Development“. Und das ist die Erfahrung, die man nach acht Jahren gemacht hat. Und deswegen seien Sie überzeugt, diese acht Jahre waren zumindest für mich ein großer Zugewinn an Einsicht dessen, was man sich global vornehmen muss. Und ich bin dankbar, dass der Rat für Nachhaltigkeit und viele andere in Deutschland mehr und mehr diesen Zusammenhang aufgreifen und in die Tat umsetzen. Ich wünsche uns allen dazu viel Erfolg. Vielen Dank.





Welt ohne Nachhaltigkeitspolitik

Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Review der UN-Millenniumsziele in der UN-Generalversammlung im September 2005
29. August 2005

Die Welt muss mehr tun, um ihre Entwicklungsziele zu erreichen

Energieverbrauch und Klimaschäden, Instabilität durch unfaire Wohlstands- und Armutsverteilung, Bildungskrise und der Wettbewerb um Qualifikation, Schranken der Mobilität, Raubbau an natürlichen Ressourcen, Umweltschadstoffe, die weltweiten Herausforderungen des demografischen Wandels – viele der heutigen internationalen Sicherheitsstrukturen werden in der Zukunft nicht mehr funktionieren, ohne dass sie aber jetzt ersetzt würden. Zugleich bietet die Globalisierung neue Chancen für Politik und Wirtschaft. Jedoch sind Konzepte aus der Vergangenheit nicht zukunftsfähig.

Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika werden in den nächsten Dekaden die alten Industrieländer an wirtschaftlicher Stärke einholen und mit gewaltigen Produktions- und Konsumströmen neue Herausforderungen für Umwelt und Entwicklung entstehen lassen. Die

Welt ist in Bewegung. Das hat Auswirkungen auf Deutschland. Sie zu erkennen und zur Grundlage von politischer Gestaltung zu machen, ist eine Aufgabe, die – wenn überhaupt – nur mit dem „roten Faden Nachhaltigkeit“ zu lösen wäre. Deutschland hat mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einen ersten Schritt gemacht, aber ein roter Faden Nachhaltigkeit ist in Politik und Wirtschaft noch nicht erkennbar.

Mit den Millennium Development Goals (MDG, im Folgenden Millenniumsziele) haben sich die Vereinten Nationen vor fünf Jahren Ziele für die Bekämpfung der Armut und des Hungers, für die Grundschulausbildung, die Gleichstellung der Geschlechter, zur Verringerung der Kindersterblichkeit und Verbesserung der Gesundheit der Mütter, zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen übertragbaren Krankheiten sowie zum Schutz der Umwelt und zu einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft gegeben. Mit der Einführung quantitativer Indikatoren ist das Management der Entwicklungsbemühungen verbessert. Konsequenzen aus dem für September 2005 in der UN-Generalversammlung vorgesehenen Review der UN-Millenniumsziele sollen Teil der anstehenden Reformen der Gremien und Abläufe innerhalb der Vereinten Nationen sein.

Am Vorabend der UN-Generalversammlung macht der Rat für Nachhaltige Entwicklung darauf aufmerksam, dass – obgleich die Staaten der Welt die Millenniumsziele mit realistischen Kennzahlen festgelegt und keine Utopien beschlossen haben – die Millenniumsziele aus heutiger Sicht dennoch nicht bis zum Jahr 2015 erreicht werden können, wenn nicht wesentlich größere Bemühungen angestellt werden.

Das Scheitern der Millenniumsziele wäre ein Sicherheitsrisiko!

Dass die Millenniumsziele keine „self-fulfilling prophecy“ sind, wurde durch den UN-Generalsekretär, der das Millennium-Projekt ins Leben gerufen hat, und die im Jahr 2000 von der UN verabschiedete Politische Erklärung zu den Zielen (Millenniums-Erklärung) von Anfang an deutlich gemacht.

Unter der Präsidentschaft des britischen Premierministers Tony Blair haben die „G8“ im Juli dieses Jahres Schuldenerlass für die Entwicklungsländer und weitere Bemühungen zur Finanzierung der Umsetzung der Millenniumsziele vor allem in Afrika beschlossen. Es war richtig,

die Millenniumsziele zu setzen. Nichtstun wäre teurer. Ein Scheitern der Millenniumsziele würde eine erhebliche Zuspitzung der globalen und nationalen Sicherheitsrisiken sowie des Gefährdungspotentials menschlicher Siedlungen durch Überlastung der Natur bedeuten. Wird kein glaubwürdiger Weg eingeschlagen, der eine Erreichung der Zielstellungen verspricht, droht der internationalen Entwicklungszusammenarbeit eine Legitimationskrise und die Handlungsfähigkeit der UN wäre u.U. in Frage zu stellen.

Die Millenniumsziele zu erreichen ist ein wichtiger Schritt. Gleichwohl ist auch kritisch festzustellen, dass dies nur ein kleiner – gemessen an den globalen Herausforderungen nur sehr kleiner – und unvollkommener Schritt ist. Gründe für bewaffnete Konflikte um Ressourcen werden nicht ausgeräumt und noch nicht einmal angesprochen. Sie bieten keine Lösung für den Umgang mit Konflikten in versagenden Staaten. Die Wirkung der Armut als Treiber für die Umweltzerstörung und die Interdependenz zwischen Umweltzerstörungen, dem Zugang zu Naturressourcen und Möglichkeiten der Armutsminderung und der wirtschaftlichen Entwicklung werden nicht angesprochen.

Erfolge nicht in Sicht

Die Welt ist heute auf keinem guten Weg, die Millenniumsziele zu erreichen. Dass sich wesentliche Bedingungen für die globale Entwicklung im Vergleich zu den 90er Jahren geändert haben, wird viel zu wenig gesehen.

Noch immer ist die internationale Geber-Gemeinschaft für staatliche Entwicklungshilfe nicht auf dem angestrebten Niveau von 0,7% des jeweiligen nationalen Bruttosozialproduktes angekommen. Und weiterhin in der Entwicklungspolitik unberücksichtigt und in ihren Effekten daher unterschätzt bleiben die Finanztransfers durch die „Nach-Hause-Überweisungen“ der im Ausland arbeitenden Menschen und die industriellen Auslands-Direktinvestitionen. Um zu einer Einschätzung zu kommen, inwieweit die Millenniumsziele erreicht werden können, ist die Betrachtung nur der staatlichen Entwicklungshilfe samt des 0,7%-Zieles unstatthaft.

Mehr denn je ist eine differenzierte Sicht auf die Welt nötig, um Entwicklungsprozesse zu verstehen.

- In Asien und teils auch Südamerika gibt es einige gute Erfolge bei der Armutsbekämpfung und bei der Verbesserung der Ernährung. In Afrika südlich der Sahara sind einige Länder auf dem richtigen Weg.
- Wirtschaftswachstum mit großer Dynamik wird zum Kennzeichen ehemaliger Entwicklungsländer, während andere durch Stagnation, Verluste oder gar Zerfall geprägt sind.
- Alte Industriestaaten geraten an die Grenzen ihrer bisherigen Entwicklungsmodelle.

Die wachsenden Ökonomien bringen neue Herausforderungen für Umwelt, Entwicklung und Nachhaltigkeit mit sich. Als „emerging economies“ sind Brasilien, Russland, Indien, China und – relativ für Afrika – auch Südafrika Länder mit außerordentlich hohen Wachstumsraten des BIP. Volkswirtschaftliche Prognosen sagen ihnen ein dynamisches Wachstum voraus, das die BRICS zu mit den USA und Japan vergleichbaren Ökonomien macht. In 40 Jahren könnten die BRICS-Ökonomien zusammen größer sein als die G6. Dann wäre der neue Umstand gegeben, dass die größten Volkswirtschaften der Welt nicht mehr automatisch identisch sind mit den reichsten Ökonomien, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen. Gleichzeitig befindet sich eine Vielzahl von Ländern im Entwicklungsstillstand oder in einer Phase mit nur geringer Entwicklung.

Mit ökonomischen Kennziffern wie zum Beispiel absolutes Wachstum und Kaufkrafteinheiten, Verteilungskoeffizienten, BIP pro Kopf, Kapitalströme können wesentliche Aspekte des ökonomischen Entwicklungsstands der Länder differenziert gekennzeichnet werden.

Wachstumsfallen

Ein Wachstum um seiner selbst willen stößt an Grenzen der gesellschaftlichen Adaptation und der Umweltbelastung. Wirtschaftswachstum wird in aller Regel mit einem überproportionalen Umweltverbrauch erkaufte. Die Übernutzung der Ökosysteme „subventioniert“ die Wirtschaftsprozesse. „Emerging economies“ sind konfrontiert mit den infrastrukturellen Problemen und mit der Notwendigkeit einer übergroßen nachholenden Investition in das Naturkapital und die Ressourceneffizienz sowie den Abbau des Arm-Reich-Gefälles, in soziale Sicherungssysteme, Infrastrukturinvestitionen, Verkehrsprobleme,

Entwaldungsproblematik. Das „Ob“ und „Wie“ ihrer Einbeziehung in den internationalen Klimaschutzprozess wird von großer Signalwirkung sein. Die Einführung von Produzentenverantwortung und die Veränderung von Konsum- und Produktionsmustern sind weitere dringende Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung dieser Länder.

Die „alten“ Industrieländer können sich in Zukunft noch weniger als in der Vergangenheit der Fortführung ihrer Wirtschaftsmodelle und ihrer Art der Inanspruchnahme von Ressourcen gewiss sein.

Umweltgift Armut

Die Entwicklungsländer (teils mit langsamem Wachstum, teils mit stagnierenden Ökonomien, teils mit dem Ausbleiben oder Scheitern staatlicher Funktionen) bilden die der Anzahl nach größte Gruppe von Ländern. Ihre Entwicklungsbedingungen sind sehr differenziert zu beurteilen. Übergreifend trifft zu, dass extrem hohe Armutsraten bei geringem oder ausbleibendem Wachstum und bei einem meist ungezügelter Verstädterungsprozess zu hoher Umwelterstörung, der Ausbreitung von Epidemien und politischer Instabilität führen. In diesen Ländern ist Armut das Umweltgift Nummer eins. Zugleich liegt in einer aktiven Strategie zum Schutz der Umwelt durch eine nachhaltige Nutzung der Naturressourcen für diese Länder bei Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen auch die größte Chance, Armut zu bekämpfen und die Tendenz zu weiterer Suburbanisierung und Verslumung zu brechen. Oft steht eine solche Strategie der nachhaltigen Entwicklung aber im Kontrast mit der vorherrschenden Politik zum kurzfristigen Export der nationalen Ressourcen.

Und Deutschland?

In den hoch entwickelten OECD-Ländern und insbesondere in Deutschland steht jetzt die Diskussion an, welche Auswirkungen diese neue Dynamik der Weltentwicklung auf sie hat. Sie erleben derzeit erhebliche Veränderungen durch die Abnahme der Bevölkerungszahl und eine Änderung der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung (Alterung, Migration) sowie eine Wirtschaftsstruktur mit dem Rückgang industrieller Fertigung und der Zunahme von privaten Dienstleistungen. Deren Konsequenzen auf das Infrastrukturkapital und das Bildungskapital werden gegenwärtig (in ersten Anfängen) vornehmlich unter sozialen und ökonomischen Aspekten diskutiert. Dabei wird ange-

sichts des hohen bis sehr hohen Pro-Kopf-Ressourcenverbrauchs der OECD-Staaten eine Diskussion der ökologischen Konsequenzen und der ressourcen- und kapazitätsbedingten Verknappungen von Energie und Grundstoffen (z. B. Stahl, Alu, Zinn, Kupfer) durch den rasch ansteigenden Pro-Kopf-Ressourcenbedarf schnell wachsender Schwellen- und Entwicklungsländer entfacht. Eine Diskussion der globalen ökologischen Konsequenzen steht noch völlig aus. Insofern ist „Umwelt“ sowie Ressourceninanspruchnahme und -effizienz global ein höchst aktuelles Aufgabenfeld. Hierbei sollte bedacht werden, dass Ressourcenverknappungen, die auch durch mangelnde Effizienzfortschritte in Industrieländern zu Preissteigerungen (wie z. B. in 2004–2005) führen, ihrerseits Entwicklungspfade verhindern oder verlangsamen.

Es gibt neue „driving forces“ der globalen Entwicklung. Sie müssen endlich politisch aufgegriffen werden.

- **Neue Mächte:**
Die schnell wachsenden Volkswirtschaften sowie Länder des OECD-Typs stellen neue – und zugespitzte – Nachhaltigkeitsanforderungen an uns alle. Die BRICS-Länder sind die neuen „driving forces“ der globalen Entwicklung. Die steigende Nachfrage nach Erdöl und Stahl in China und die wachsenden Kohlendioxid-Lasten für das Klima sind nur die bekanntesten Beispiele für einen alle Bereiche von Wirtschaft und Umwelt umfassenden Prozess.
- **Weltbevölkerung wächst nicht wie befürchtet, aber die Konsumaufwendungen wachsen überproportional:**
Die demografischen Trends deuten darauf hin, dass die Weltbevölkerung wohl nicht auf die vorausgesagten 10 Mrd. ansteigen dürfte. Der Druck auf die natürlichen Ressourcen entspannt sich dadurch aber nicht. Eine Weltbevölkerung von 7 bis 8 Mrd. Menschen stellt durch den sich ändernden Konsum (Konsumgüter, Motorisierung, Änderung der Ernährungsweisen und Erhöhung des spezifischen Fleischkonsums in Schwellenländern, Futtermittelbedarf, Wasserverbrauch) völlig neue Anforderungen an die Nachhaltigkeit der Produktion und die Effizienz der Ressourcennutzung.
- **Umweltkosten steigen:**
Die Auswirkungen von schweren Umweltbelastungen, Übernutzung und Klimawandel auf die Volkswirtschaften sowie der klima-

und siedlungsbedingte Verlust an landwirtschaftlich nutzbaren Böden sind in vielen Weltregionen neue Kostentreiber. Auch die Wirtschaftsdynamik der schnell wachsenden Schwellenländer macht hohe Nach-Investitionen in die Umwelt erforderlich.

- Grenzen der Steuerbarkeit werden sichtbar:
Die traditionelle staatliche Entwicklungszusammenarbeit und die staatliche Steuerungsfähigkeit von Entwicklung sind an ihren Grenzen. Die Erreichung der Millenniumsziele ist nicht ausschließlich oder auch nur vorwiegend von der Höhe der Entwicklungshilfe-Etats abhängig. Die Reduzierung der Politik auf die Höhe der Entwicklungs-Etats ist falsch. In den schnell wachsenden Schwellenländern wie China oder Malaysia macht die Entwicklungshilfe nur noch 2% aus; den Hauptanteil haben die Direktinvestitionen von bis zu 97% (China). Ähnlich könnten in diesen Ländern auch die Überweisungen der im Ausland Arbeitenden an das Heimatland mit dem Entwicklungsstand zunehmen. Für Afrika südlich der Sahara wird aufgrund geringer nationaler und internationaler Kapitalströme und trotz bereits vielfach bestehender hoher Abhängigkeit der Staatshaushalte von den Zahlungen der staatlichen Entwicklungshilfe und der damit einhergehenden Problemfelder die Erhöhung des Mittelzuflusses als notwendig erachtet.

Diese „driving forces“ machen Kurskorrekturen der Millenniumsziele-Politik erforderlich.

Der Millenniumsziele-Review gibt den Anlass, die Art und Weise der Entwicklungsfinanzierung grundlegend zu diskutieren und im Zusammenhang mit der Praxis und den Möglichkeiten der Direktinvestitionen und Überweisungen von Inländern aus dem Ausland zu sehen; außerdem geht es um den Abbau von Subventionen (z. B. bei Energie und Wasser) oder um eine gerechtere Verteilung der geleisteten Entwicklungshilfe.

Eine neue Arbeitsteilung zwischen staatlicher Hilfe und privaten Investitionen ist anzustreben. Entwicklungshilfeszahlungen sollten sich vorwiegend auf die Förderung kleinster Produktionseinheiten, wirtschaftlich schwacher Sektoren, der Alphabetisierung und der Schaffung von Verkehrs-, Verwaltungs- und Ausbildungsinfrastruktur konzentrieren und nicht auf Projekte, die auch durch Direktinvestitionen auf den Weg gebracht werden könnten.

Armutsbekämpfung geht nur mit, nicht gegen die Erhaltung der Umwelt. Strategien zur Erhaltung der Umwelt sind zu stärken.

Die Schaffung von Rechtssicherheit und eine verlässliche Rechtsprechung sowie ihre Durchsetzung sind von großer Bedeutung für die Verbesserung des Investitionsklimas und die Garantie von Rechten gegenüber privatwirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren.

Ungenügende, aber in ihrer Form oft ungeeignete Struktur der Entwicklungsfinanzierung: Nur ein Drittel der gegenwärtigen Entwicklungshilfegelder fließt in den Kampf gegen die Armut und weniger als 50% kommen laut Landau-Bericht an den französischen Präsidenten Chirac überhaupt als Barüberweisung in den Entwicklungsländern an. Die Hilfe ist oft volatil und unberechenbar. Auch für Deutschland wird die Vermutung geäußert, dass beispielsweise von den Geldern, die Deutschland in der Weltbank anlegt, nur ein geringer Teil bei der Armutsbekämpfung ankommt. Der schädlichen Eigengesetzlichkeit der Projektfinanzierung, in der die Geber sich in einem Konkurrenzkampf um „gute“ Projekte finden, muss entgegengewirkt werden. Die Verhandlungs- und Transaktionskosten für Geber und Empfänger bei der Aushandlung von Entwicklungsprogrammen werden immer größer und die entsprechenden Projekte uneffektiver.

Die Stärkung legitimer staatlicher Strukturen und ihrer zivilgesellschaftlichen Fundierung, um aktuellen oder drohenden Zerfallsprozessen in versagenden Staaten entgegenzuwirken, ist als Kernaufgabe internationaler Organisationen und bilateraler Geber weiter auszubauen. Eine Konditionierung weiterer Finanztransfers ist richtig. Die Bundesregierung hat mit dem 2004 verabschiedeten Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ ein erstes Fundament gelegt. Eine konsequente Fortentwicklung und Umsetzung ist dringend erforderlich.

Die HIV/AIDS-Pandemie torpediert die soziale, ökonomische und politische Entwicklung und die Erreichung der Millenniumsziele. Derzeit sind Länder des südlichen wie östlichen Afrika am stärksten betroffen. Prognosen zufolge weisen jedoch auch Indien und China hohe Gefährdungspotentiale für die Entwicklung einer explosiven Epidemie auf. Gegenwärtige und prognostizierte negative Konsequenzen der Pandemie erfordern neue Antworten auf drängende Entwicklungsfragen.

Eine unabhängige Qualitätsprüfung der Entwicklungszusammenarbeit ist erforderlich, international wie national. Die Entwicklungszusammenarbeit darf nicht mehr allein quantitativ (Anteil am Haushalt), sondern muss ergänzend auch qualitativ bemessen werden. Mit Indikatoren und Zielfestlegungen muss die Entwicklungspolitik unabhängig von Mittelgeber und -nehmer qualitativ überprüfbar werden.

Keine Kurskorrektur, aber dennoch eine dringende Notwendigkeit ist die Ergänzung und Vertiefung von bilateralen Dialogen zwischen Deutschland und den Staaten der „emerging economies“. Schnell wachsende Schwellen- und Entwicklungsländer stehen im Zentrum von Veränderungen in den Wirtschaftsbeziehungen. Zusammen mit den Produktions- und Konsummustern der Industrieländer stellen sie neue Herausforderungen für die globale ökologische Tragfähigkeit dar. Ihr sozioökonomischer und ökologischer Wandel ist für die gemeinsame Suche nach Wegen zu einer nachhaltigen Entwicklung von großer Bedeutung. Das Instrumentarium „klassischer Entwicklungspolitik“ wird der strategischen Bedeutung dieser Länder nicht gerecht.

Dem Dialog als Instrument der politischen Kultur kommt dabei in Zukunft eine wachsende Bedeutung zu. In einer zusammenwachsenden Welt ist es sehr erforderlich, Erfahrungen aus den nationalen Ansätzen zur Nachhaltigkeitspolitik auszutauschen und nach Möglichkeiten gemeinsamen Handelns von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in nationalen Nachhaltigkeitsstrategien zu suchen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH gegenwärtig einen ersten Anfang gesetzt, in dem das Projekt „BRICS+G“ eine erste Konferenz mit Experten aus Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und Deutschland zu Nachhaltigkeits- und wirtschaftlichen Wachstumsstrategien organisiert.



Sustainet: Mit nachhaltiger Landwirtschaft gegen die Armut

Diskussionsbeitrag von Helga Stamm-Berg, Leiterin des Projektsekretariats
Sustainet bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
GmbH
Frühjahr 2006

Nachhaltige Landwirtschaft: Für Kleinbauern eine Erfolg versprechende Alternative zur konventionellen Landwirtschaft

In Punukula, einem Dorf in Andhra Pradesh in Indien, hat sich 1999 der erste Bauer das Leben genommen. Für ihn waren die finanziellen Verpflichtungen, die er eingegangen war, um seiner Familie das Überleben zu sichern, zu groß geworden. Er sah keinen Ausweg aus der Schuldenfalle, in die ihn der Kauf von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln getrieben hatte. In Punukula leben 190 Familien, von denen

fast alle ihren Unterhalt als Bauern oder landwirtschaftliche Arbeiter in der Baumwollproduktion verdienen. Vor fünf Jahren noch schien der einzige Weg, ihre Familien ernähren zu können, der zu sein, ihre Felder mit teuren Pflanzenschutzmitteln zu besprühen. Dies geschah in der Hoffnung, dass sich die Investition durch eine bessere Ernte auszahlen würde. Oft genug erfüllte sich diese Hoffnung nicht, da die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel stiegen, der Preis für die Baumwolle jedoch erheblich sank. Rund 40.000 Bauern haben sich seitdem in Indien das Leben genommen.

Heute haben die Bauern und Bäuerinnen in Pudukula die Baumwollproduktion vollständig auf biologische Schädlingsbekämpfung umgestellt. Die neue Methode ist günstiger und schont die Umwelt. Das Modell, das von der indischen Organisation Center for Sustainable Agriculture, kurz CSA, entwickelt wurde, gibt den Menschen in Pudukula eine neue Perspektive. Das Projekt war sogar so erfolgreich, dass es gelang, den Landwirtschaftsminister von Andhra Pradesh davon zu überzeugen. Er nahm das Beispiel von Pudukula zum Anlass, für den ganzen Staat neue Richtlinien zu erlassen. Heute wird vielerorts in Andhra Pradesh Baumwolle angebaut, ohne dass Pestizide benutzt werden. Ohne intensive Öffentlichkeitsarbeit und Information der Bevölkerung wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Bei der Entwicklung von Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit und gezielten Kampagnen hat das Projekt Sustainet CSA unterstützt, und so ist die Geschichte vom indischen Pudukula auch eine Erfolgsgeschichte des Sustainet-Projektes.

Sustainable Agriculture Information Network (Sustainet)

Sustainet steht für „Sustainable Agriculture Information Network“ und ist ein Zusammenschluss von staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), von Theorie und Praxis, der es sich zum Ziel gemacht hat, nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und zurück auf die Agenda der Entwicklungspolitik zu holen.

Ins Leben gerufen wurde Sustainet 2003 im Rahmen des „Aktionsprogramm 2015: Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe“ der Deutschen Bundesregierung. Als Leuchtturmprojekt wurde das Vorhaben durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung mit dem Programmtitel „Den Welthunger mit nachhaltiger, standortgerechter Landwirtschaft

bekämpfen“ initiiert. Damit sollte eine politische Signalwirkung erzielt werden, durch die – vor dem Hintergrund international sinkender Ausgaben im Bereich ländlicher Entwicklung – die Bedeutung der nachhaltigen Landwirtschaft als Instrument der Armutsbekämpfung und als Motor der ländlichen Entwicklung wieder erneut in das Bewusstsein von politischen Entscheidungsträgern gerückt wird.

In dem Projekt Sustainet kooperieren:

- die deutsche Regierung mit den Ministerien BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) und BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz),
- die deutschen Organisationen für Entwicklungszusammenarbeit GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH), Misereor, Brot für die Welt und die Deutsche Welthungerhilfe.

Während die deutschen Nichtregierungsorganisationen, wie beispielsweise die kirchlichen Werke Misereor und Brot für die Welt oder die konfessionell ungebundene Deutsche Welthungerhilfe, schwerpunktmäßig auf der Ebene der Kleinbauern und lokalen Organisationen arbeiten, hat sich die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) darauf konzentriert, auf staatliche und internationale Rahmenbedingungen einzuwirken, sodass günstigere Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung geschaffen werden. Beide Gruppen agieren unter dem Schirm der deutschen Regierung (BMZ – Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit).

Sustainet ist nicht nur selbst ein Netzwerk, Sustainet integriert und arbeitet auch mit bereits bestehenden Netzwerken in den Partnerländern. Einer seiner Kooperationspartner ist Pelum (Participatory Ecological Land Use Management) Tanzania, eine Dachorganisation von 33 tansanischen NRO und Teil eines überregionalen afrikanischen Netzwerks, seit 2002 durch Misereor unterstützt. Pelum unterstützt Bauernorganisationen dabei, gemeinsam politische Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren. Durch politische Lobbyarbeit ist es bereits mehrfach gelungen, die offizielle Politik der tansanischen Regierung zugunsten nachhaltiger Landwirtschaft zu beeinflussen. Daneben organisiert Pelum Fortbildungskurse für Mitgliedsorganisationen in Bereichen, die diese als besonders dringlich ansehen, und regt

die Dokumentation und Verbreitung von Methoden zur nachhaltigen Landwirtschaft an.

Sustainet versucht nun mittels verschiedener Ansätze der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der ländlichen Entwicklung, lokale, regionale und staatliche Handlungs- und Entscheidungsebenen miteinander zu verknüpfen. Relevante Akteure sollen dabei unterstützt werden, sich auf gemeinsame Leitlinien zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verständigen.

Während der ersten Projektphase hat Sustainet beispielhaft Projektansätze in verschiedenen Pilotregionen ausgewählt, die als „good agricultural practices“ aus dem Bereich nachhaltiger Landwirtschaft identifiziert wurden. Sie operieren vor dem Hintergrund traditioneller oder kleinbäuerlicher Betriebssysteme, die häufig sogar weniger als einen Hektar Land bewirtschaften. Sustainet will die Partnerorganisationen dabei unterstützen, ihre Erfolge aufzuarbeiten, sichtbar zu machen und ihre Verbreitungsfähigkeit zu analysieren.

Nachhaltigkeit und nachhaltige Landwirtschaft

Anhand erfolgreicher Projektbeispiele aus Afrika, Asien und zukünftig auch Lateinamerika will Sustainet zeigen, welches Potential die nachhaltige Landwirtschaft zur Armutsbekämpfung und zur Erreichung der Millenniumsziele beinhaltet. Sustainet will verdeutlichen, dass nachhaltige Landwirtschaft machbar und rentabel ist. Nachhaltigkeit versteht sich dabei als ein umfassendes Konzept, welches ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte mit einschließt.

Ökologisch betrachtet sollte eine nachhaltige Landwirtschaft dazu beitragen, die Bodenfruchtbarkeit sowie Wasserqualität und -quantität zu bewahren, die Artenvielfalt möglichst erhöhen und sparsam mit Energie umgehen. Als Maßstab dabei gilt der Energieverbrauch, der anfielen würde, wenn sich die jeweilige Methode national in allen landwirtschaftlichen Betriebssystemen durchsetzen würde.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten soll nachhaltige Landwirtschaft die Einkommensverhältnisse verbessern und den Bauern eine Einkommenssicherheit bieten. Sie sollte langfristig die Ernährungssituation verbessern und den Zugang zu Nahrungsmitteln sicherstellen. Außerdem

sollte die Methode mit anderen Erwerbsmöglichkeiten konkurrieren können.

In Bezug auf soziale und kulturelle Belange soll nachhaltige Landwirtschaft arme Landwirte in die Entwicklung einbeziehen, soziale Gewohnheiten, Traditionen, Normen und Tabus berücksichtigen. Sie sollte lokales Wissen nutzen und Arbeit und Einkommen zwischen den Mitgliedern eines Haushaltes, den Geschlechtern und Generationen gerecht verteilen. Damit soll ein gerechter Zugang zu Land, Wasser, Kapital und Innovationen gefördert und den Bauern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen auszubauen.

Da man heute davon ausgeht, dass eine akzeptable Lebensqualität langfristig nur durch Chancengleichheit aufrechterhalten werden kann, wird auf die Aufrechterhaltung von Minimalstandards Wert gelegt. Das betrifft Sicherheit, Bürgerrechte, die Möglichkeit zu politischer Beteiligung, ausgewogene und ausreichende Ernährung, Bildung, Wohnraum und die Möglichkeit, seine eigenen Fähigkeiten zu entfalten.

Nicht Insellösungen, sondern Verbreitung ist gefragt!

Die Erfahrung deutscher Entwicklungsorganisationen zeigt, dass es zwar viele Ansätze und etliche gut funktionierende Konzepte gibt, diese aber in aller Regel Insellösungen bleiben, die nur lokal verfügbar sind und nur räumlich begrenzt angewandt werden. Offenbar ist es schwierig, selbst erfolgreiche Konzepte einer breiteren Bevölkerung zugänglich zu machen, weil ihre Verbreitung an politische, gesellschaftliche und ökonomische Grenzen stößt. Diese Grenzen und Schwierigkeiten, die einem armutsreduzierenden und nachhaltigen Wirtschaftswachstum entgegenstehen, spiegeln sich auch in der Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit wider: Vielfach geäußerte Fragen beziehen sich darauf, ob die eigentlichen Zielgruppen erreicht werden, die Ausgaben gerechtfertigt sind und die Wirkungen nicht lokal und zeitlich begrenzt bleiben oder ob Rahmenbedingungen bzw. politische Eliten in den Empfängerländern Entwicklungsbemühungen nicht torpedieren.

Weltbank, FAO und die Hunger Task Force der UN stimmen jedoch darin überein, dass die Landwirtschaft in Agrargesellschaften der Motor für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist. Sustainet baut auf dieser Erkenntnis auf. Könnte erfolgreichen Pilotansätzen, die ihre

Praxistauglichkeit bereits unter Beweis gestellt haben, durch gezielte Förderung zu einer massiven Verbreitung – einem so genannten „Take Off“ – verholfen werden, so wären ein enormer Entwicklungsschub im ländlichen Raum und eine breitenwirksame Reduzierung der ländlichen Armut die Folge. Sustainet widmet sich spezifisch der Frage nach den Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um Verbreitung zu ermöglichen, und der Suche nach den Faktoren, die steuerbar oder förderbar sind, um Verbreitung anzustoßen. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung umfasst dabei die gesamte Marktkette, vom Anbau bis hin zu Nachernteverfahren, Veredelung, Weiterverarbeitung und Absatz der Agrarprodukte.

Die Landwirtschaft ist der Schlüssel zur Bekämpfung der Armut

Armutsminderung ist ohne die Förderung des ländlichen Raumes und der nachhaltigen Landwirtschaft nicht möglich. Dies gilt nicht nur für die entwicklungspolitische Diskussion, die im Norden geführt wird, auch in den Entwicklungsländern selbst muss die politische Elite von der Wichtigkeit nachhaltiger Landwirtschaft häufig noch überzeugt werden. Im indischen Andhra Pradesh beispielsweise wurden Subventionen für Reis, Saatgut, Öl und Strom zugunsten des Infrastrukturaufbaus der Hightech-Stadt Hyderabad gestrichen. Jetzt liegen Felder brach, weil sich die Bauern das Saatgut nicht mehr leisten können. Sollen ungünstige politische Rahmenbedingungen verändert werden oder administrative Hürden beseitigt werden, muss das in der Öffentlichkeit eine breite Basis finden. Sustainet hilft den Organisationen vor Ort durch Netzwerkbildung und Informationsaustausch, ihre Öffentlichkeitsarbeit weiter auszubauen.

Sustainet weist nach, dass die Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele leisten könnte. Mittels nachhaltiger Landwirtschaft werden Lebensmittel produziert, die in vielen Ländern und Regionen der Welt dringend benötigt werden. Gleichzeitig steigert nachhaltige Landwirtschaft das Einkommen der Bauern. Beides dient dem Ziel, die Zahl der in Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren. Weltbank und FAO vertreten mittlerweile die Position, dass die Bekämpfung des Hungers in der Welt ohne die gezielte Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft nicht möglich sein wird.

Dass es bis zur tatsächlichen Halbierung der Zahl der in Armut lebenden Menschen noch ein weiter Weg ist, wird klar, wenn man sich die Fakten vor Augen hält. Momentan leben 840 Millionen Kinder, Frauen und Männer in absoluter Armut: Sie müssen mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen. Obwohl das, was momentan weltweit angebaut wird, ausreichen würde, um alle Menschen auf der Welt anderthalb Mal zu ernähren, leiden in Indien über 213 Millionen Menschen Hunger, das sind rund 20% der Bevölkerung. In Kenia sind 26% der Bevölkerung unterernährt, in Tansania sogar 43%.

Kleinstbauern als größte Zielgruppe im Heer der Armen

Weltweit gibt es 525 Millionen Kleinbetriebe. Davon bewirtschaften vier Fünftel eine Fläche, die kleiner ist als zwei Hektar. Landwirtschaftliche Kleinbetriebe stellen die meisten Arbeitsplätze für die Ärmsten der Welt zur Verfügung und werden die Agrarlandschaft in Entwicklungsländern noch für mehrere Jahrzehnte dominieren. Die Masse an Menschen, die dahinter steht, darf nicht vernachlässigt werden, wenn man die Millenniumsziele ernsthaft verwirklichen will.

Neuere Ansätze nachhaltiger Landwirtschaft betonen die sozialökonomische Dimension. Es gibt zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass in Kleinbetrieben Bauern ihren Ertrag durch die Umstellung auf Methoden der nachhaltigen Landwirtschaft mehr als verdoppeln können. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, ist die Einführung neuer Produktionselemente in den bestehenden Produktionszyklus. So werden beispielsweise in Reisfeldern Fische gezüchtet, statt Mauern schützen Obstbäume und andere Pflanzstreifen von Erosion bedrohte Felder. Auf den Standort abgestimmte Produktionstechniken, mit denen lokale Produkte veredelt und weiterverarbeitet werden können, sind eine weitere Möglichkeit, um das Einkommen des kleinbäuerlichen Betriebes zu verbessern, ohne die Umwelt zu beeinträchtigen. Die Weiterverarbeitung und Veredelung von Produkten ist eine wichtige Voraussetzung für ländliches Wachstum und für neue Entwicklungschancen.

Steigende Erträge, neue Produktionselemente und Weiterverarbeitung können Kleinbauern aber nur dann ein Überleben auf dem Land ermöglichen, wenn sie ihre Produkte auch verkaufen können. Daher ist Sustainet die Frage nach den Vermarktungschancen und Markt-

hindernissen sehr wichtig. Die Analyse von Strategien der Marktanbindung im spezifischen Kontext, die als für die Verbreitung relevante Faktoren betrachtet werden, zählt zu den Kernaufgaben des Projektes. Welche Strategien sind denkbar, um die Vermarktungschancen für Kleinbauern zu verbessern? Welche Möglichkeiten gibt es, um Kleinkredite mit akzeptablen Konditionen auch für Kleinbauern zugänglich zu machen? Welche Dienstleistungen braucht der Bauer, um Informationen, Inputs und Absatzchancen optimal nutzen zu können?

Langfristig profitieren sowohl größere wie auch kleine Landwirte durch eine Umstellung auf Praktiken der nachhaltigen Landwirtschaft, da ökologische Folgekosten vermieden werden können. Für Kleinbauern scheint die Anwendung von Praktiken der nachhaltigen Landwirtschaft jedoch besonders geeignet zu sein, da in kleinbäuerlichen Betrieben häufig das Geld und nicht die Arbeitskraft der knappe Faktor ist. Kleinbauern nutzen eher die vorhandenen Arbeitskräfte der eigenen Familie als teure Technologien, weil das für sie günstiger ist.

Die Verwirklichung nachhaltiger Landwirtschaft ist für die Armen dieser Welt eine große Chance, ihre Situation dauerhaft zu verbessern. Deshalb ist es unabdingbar, dieses Thema wieder auf die entwicklungs-politische Agenda zu setzen.

Beispiele für erfolgreiche Praktiken und Methoden der nachhaltigen Landwirtschaft

Die so genannte **Conservation Agriculture oder Minimalbodenbearbeitung** legt ihren Schwerpunkt darauf, Erosion zu vermindern und die vorhandene Bodenfeuchte zu erhalten. Zur Fruchtbarkeit des Bodens trägt einerseits eine dauerhafte Bedeckung (Bepflanzung) des Bodens bei, andererseits bemüht man sich, am Boden angesiedeltes Leben möglichst wenig zu beeinträchtigen. Dies ist möglich, indem die Bauern darauf verzichten, ihre Felder zu pflügen. Damit dem Boden nicht einseitig nur bestimmte Nährstoffe entzogen werden, wird außerdem Wert darauf gelegt, dass verschiedene Früchte angebaut werden, die unterschiedliche Nährstoffe benötigen. Allerdings ist mit der Conservation Agriculture in der Übergangsphase meist ein Einsatz von Pestiziden verbunden, der ökologische, ökonomische und gesundheitliche Nachteile mit sich bringen kann.

Wenn man in der nachhaltigen Landwirtschaft von **Integriertem Pflanzenschutz** spricht, beinhaltet das alle Maßnahmen, die den Schädlings- und Krank-

heitsbefehl von Pflanzen verringern können. Neben einer ausgefeilten Abfolge von Früchten, die die Bauern anbauen, gehört zu dieser Strategie auch, dass natürliche Feinde von Schädlingen und deren Lebensraum gefördert werden. Zur Bekämpfung von Schädlingen werden darüber hinaus auch natürliche Pflanzenschutzmittel und so genannte Schädlingsfallen eingesetzt.

Bei **Integriertem Nährstoffmanagement** setzt man vor allem darauf, weniger Düngemittel einzusetzen. Ökologische Landwirtschaft verzichtet grundsätzlich auf künstliche Pestizide und Düngemittel. Diese Strategie ist in Deutschland vor allem unter dem Begriff biologische Landwirtschaft bekannt. Ein ganzheitlicher Ansatz soll die Bodenfruchtbarkeit erhalten und aufbauen.

Durch so genannten **Nachernteschutz** werden beispielsweise die Lagermöglichkeiten der geernteten Feldfrüchte bei den Bauern verbessert. Dadurch müssen die Bauern nicht direkt nach der Ernte verkaufen, wenn die Marktpreise oft besonders niedrig sind, sondern können höhere Preise abwarten und somit höhere Gewinne erzielen.

Der Ansatz der **Low-external-input-Landwirtschaft** bemüht sich, den Einsatz externer Betriebsmittel, wie zum Beispiel die Anschaffung teurer Maschinen, möglichst gering zu halten. Hier wird allerdings nicht ausgeschlossen, dass die Bauern Pestizide und synthetische Dünger benutzen.

Agroforstwirtschaft, standortgerechter Landbau oder Ecofarming meint, die ökologischen Gegebenheiten und lokal verfügbaren Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Hierbei sollen insbesondere die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen, unter denen die Menschen leben, berücksichtigt werden. Man verzichtet so weit wie möglich auf aufwändige Betriebsmittel und bemüht sich, langfristige ökologische Schäden zu vermeiden. Diese Strategie stellt ein Gegenkonzept zu den Methoden dar, die in den letzten Jahren in der Landwirtschaft verstärkt angewandt wurden und die darauf zielten, die Bevölkerung durch den intensiven Einsatz von Bewässerung und Düngemitteln von den natürlichen Standortbedingungen unabhängig zu machen.

Die Strategie des **Watershed Managements**, bei dem es darum geht, den Zustand von Wassereinzugsgebieten zu verbessern, hebt sich von anderen Konzepten ab. Hier liegt der Schwerpunkt nicht auf landwirtschaftlichen Produktionssystemen, sondern darauf, wie die Nutzung von Land und insbesondere Wasser in einem Wassereinzugsgebiet auf eine Weise geplant und geregelt werden kann, dass die Wasservorkommen langfristig nutzbar bleiben. Es geht um technische Lösungen, die dem sozialen und wirtschaftlichen Umfeld der Bauern

angepasst werden müssen und mit denen oftmals gegensätzliche Interessen miteinander in Einklang zu bringen sind.

Die Verbreitung von erfolgreichen Ansätzen der nachhaltigen Landwirtschaft muss gezielt gefördert werden!

Ziel von Sustainet ist es zu untersuchen, durch welche Faktoren die Breitenwirksamkeit und die Geschwindigkeit, mit der sich eine nachhaltige landwirtschaftliche Methodik verbreitet, beeinflusst werden können. Somit liegt der Schwerpunkt der künftigen Arbeit von Sustainet auf der Entwicklung und Bewertung von Verbreitungsstrategien. Sustainet geht davon aus, dass ein signifikanter Beitrag zu den Millenniumszielen nur geleistet werden kann, wenn es gelingt, die bereits entwickelten Methoden und Verfahren der nachhaltigen Landwirtschaft massiv zu verbreiten. Wichtig ist der politische Wille dazu, die verfügbaren Methoden, Verfahren und Erkenntnisse auch großflächig zur Anwendung zu bringen.

Häufig müssen erst einmal die nötigen Voraussetzungen für eine Verbreitung Erfolg versprechender Ansätze geschaffen werden. Wichtig für eine Verbreitung sind günstige Marktzugänge. Auf Produktionsebene sind häufig Qualifikationen erforderlich, die erst durch Training erworben werden müssen. Auch mangelt es oft an Organisationsstrukturen. Lokale Organisationen müssen bei der Anwendung und Umsetzung der Methoden, Erkenntnisse und Verfahren unterstützt werden. Sustainet will nicht nur die Voraussetzungen hierfür beschreiben, sondern auch Entscheidungsträger in der deutschen EZ und in politischen Gremien und Behörden in den Partnerländern dafür gewinnen, sich für die gezielte Förderung von Praktiken und für die Schaffung der nötigen Voraussetzungen einzusetzen.

Bei der Analyse der relevanten Verbreitungsfaktoren arbeitet Sustainet mit dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) zusammen. ZALF wird eine Methodik zur Bewertung von Verbreitungspotentialen entwickeln, die auch für die Bewertung von neuen Projektanträgen eingesetzt werden kann. Basis dafür sind die Berichte der einzelnen Partnerorganisationen, die im Rahmen von Sustainet in den Pilotländern erstellt worden sind. Die Forschungsarbeit des ZALF wird durch das BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft

und Verbraucherschutz) finanziert. Die theoretische Arbeit des ZALF wird durch die enge Anbindung und Kooperation mit Sustainet immer wieder dem Praxistest und dem Feedback der lokalen Partnerorganisationen ausgesetzt, sodass eine Methodik erwartet werden kann, die nicht nur theoretisch logisch und richtig, sondern auch praktikabel ist.

Damit die nachhaltige Landwirtschaft wieder die Beachtung und die Förderung in der deutschen und in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit erhält, die ihrer Bedeutung als ländlicher „Entwicklungsmotor“ entspricht, ist es notwendig, den Entscheidungsträgern die bereits erzielten Erfolge und die noch nicht ausgeschöpften Potentiale zu verdeutlichen. Unterstützung ist auf allen Ebenen notwendig: Auf politische Rahmenbedingungen muss eingewirkt werden, denn sie sind alles andere als günstig, Unterstützungsstrukturen müssen etabliert werden, denn Märkte und Marktzugang sind für viele Kleinbauern außer Reichweite, Forschung muss angepasst und praxisnah ausgerichtet werden und Erfahrungen müssen vermittelt werden, damit geeignete Techniken und Verfahren übertragen, angepasst und weiterentwickelt werden können.

Aufarbeitung von ausgewählten Beispielen der nachhaltigen Landwirtschaft

Die Partnerorganisationen in Indien, Tansania und Kenia wurden bei der Analyse ihrer Projekterfahrung und bei der Dokumentation ihrer Wirkungen methodisch durch Sustainet unterstützt. In einem dreimonatigen Prozess wurden die relevanten Fragen gemeinsam in einer kleinen Gruppe von Teilnehmern des Seminars für ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin und indischen Partnern erarbeitet, getestet und in einer Anleitung zum Prozess der Selbstevaluierung veröffentlicht. Diese „Selbstevaluierungs-Guideline“ wurde die Grundlage für alle beteiligten lokalen Partnerorganisationen, nach der ausgewählte „good agricultural practices“ dokumentiert wurden. Im Gegensatz zu den üblichen Fremdevaluierungen sind diese Dokumentationen von den Projekten selbst durchgeführt worden, allerdings begleitet und unterstützt durch Sustainet. Daher betrachten alle Organisationen das Ergebnis als „ihr“ Werk, das sie jetzt zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit nutzen, durch dessen Prozess und Verlauf sie aber auch wichtige Erkenntnisse gewinnen konnten, die positiv auf die Arbeit rückwirken.

Bevor Sustainet seine Arbeit aufgenommen hat, haben die meisten Partner zwar sehr gute Arbeit geleistet und entsprechende Wirkungen erzielt, ihre Projekterfolge jedoch meist nicht dokumentiert und auch nicht an die Öffentlichkeit getragen. Die ersten Rückmeldungen der Partner zeigen, dass ihnen durch Sustainet deutlich geworden ist, wie wichtig es ist, eigene Erfolge zu dokumentieren und zu kommunizieren. Sie haben gemerkt, dass sie über ihre Erfolge berichten müssen, um die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger auf nationaler und internationaler Ebene auf sich zu ziehen, und für Unterstützung werben müssen, mit deren Hilfe sie ihre Konzepte verbreiten können.

Ferner haben intensive Diskussionen in durch Sustainet organisierten Workshops zu einem regen inhaltlichen Austausch geführt. Einerseits haben die Partnerorganisationen begonnen, Erfahrungen von anderen aufzunehmen und auf ihre eigenen spezifischen Situationen anzuwenden, andererseits ist durch die Gruppenbildung ein Netzwerk an Organisationen mit gleich gerichteter Zielsetzung entstanden, das nun für eine weitere zukünftige gemeinsame politische Arbeit die Basis bildet.

Die Ergebnisse dieser Analyse haben die Partnerprojekte in Kenia, Tansania und Indien auf so genannten „Writeshops“ in Worte gefasst. Auf den „Writeshops“ hat Sustainet Vertreter der Partnerorganisationen mit Editoren und Künstlern zusammengebracht. Unter der Anleitung der Editoren und durch intensive Diskussionen untereinander haben die Partnerorganisationen jeweils ein Kapitel über die Erfolge und über die Probleme ihrer Projekte verfasst. Die Künstler haben, den Anweisungen der Partner folgend, erläuternde Zeichnungen entworfen. Die Projektberichte werden in Kürze unter dem Titel „Sustainable agriculture—a pathway out of poverty for the rural poor“ veröffentlicht. Voraussichtlich wird diese Publikation ab Mitte 2006 auf der Homepage von Sustainet: www.sustainet.org online zum Download zur Verfügung stehen.





The Export of Second-Hand Goods and the Transfer of Technology

An Obstacle to Sustainable Development in Developing Countries and Emerging Markets?

A Study Commissioned by the German Council for Sustainable Development
Jörg Janischweski, Mikael P. Henzler, W. Kahlenborn, Adelphi Research gGmbH,
May 2003

Executive Summary

The Council for Sustainable Development has engaged Adelphi Research to investigate the following topics:

- The export of second-hand machinery and equipment;
- The export of second-hand vehicles;
- The energy efficiency of buildings in various developing countries and emerging markets, exemplified by case studies.

In all three cases the main focus is on the extent to which recent developments in each field pose an obstacle to the goal of sustainable development.

Trade in second-hand machinery and equipment

The transfer of second-hand machinery and equipment has now evolved to become an important business sector—almost unnoticed. Enterprises in developing countries and emerging markets have recognised that second-hand machinery and equipment from industrialised countries represent a low-cost and fast solution to the problem of replacing outdated machinery and/or building up new capacities. At the same time machinery dealers from industrialised countries have discovered the market gap and are now extremely active in this field. The import of second-hand goods in the machinery and equipment sector has therefore become a daily reality in developing countries and emerging markets. The extent and the structure of this trade have been revealed for the first time world-wide in the context of this study.

Second-hand machinery and equipment to the value of more than 100 billion US dollars are sold every year, primarily to developing countries and emerging markets. This figure is substantially higher if exports in the context of foreign investments are also considered. The transfer of second-hand machinery and equipment sometimes shows double-digit rates of growth. For many developing countries and emerging markets the import of second-hand goods already accounts for a large proportion of all machinery imports.

However, for importing countries there is a serious conflict of interests between economic development and the negative consequences for the environment. Developing countries and emerging markets' stances vary between refusal and consent. Some try to control while others promote such imports. As a result a multiplicity of different laws as well as tariff and non-tariff barriers are applied. The only identifiable, internationally uniform trend is the continual and sometimes fundamental change of policy in the various countries, which reflects the prevailing uncertainty concerning the effects and the significance of second-hand imports.

Trade in second-hand vehicles

The international trade of used vehicles reveals a similar picture. In view of rising environmental standards in the countries of origin and the active interest of consumers in developing countries and emerging markets, trade continues to flourish. Turnover from second-hand vehi-

cles has a value of approximately 50 billion US\$ annually. A large portion of it goes to developing countries and emerging markets. Almost 500,000 second-hand vehicles with a unit price of less than EUR 2,500 and an average age of 6 to 8 years originate from Germany alone. These vehicles are mainly sold to Eastern Europe and Africa. So far the various importing countries have not been able to find a clear and uniform strategy as regards the transfer of second-hand vehicles. As in the sector of second-hand machinery and equipment, ambiguity tends to prevail on how to deal with the phenomenon of increasing imports of second-hand goods.

The environmental impact of the export of second-hand goods

The transfer of second-hand goods manifests itself in various different forms, with a large number of interest groups and marginal conditions playing a role. On the one hand, sort of “win-win” situations can develop where the social situation and the environment benefit from the sustainable development of the economy. On the other hand, over the years these transfers can hinder sustainable development in developing countries and emerging markets. The latter scenario gives grounds for concern because at present the large numbers of second-hand exports are neither monitored nor critically examined or addressed at all. The multiplicity of small amounts of imported goods can cause substantial environmental damage in the accumulated effect.

Regardless of the fact that the trade in second-hand machinery or second-hand vehicles cannot simply be put into polluting or ecological categories, the study shows that the net impact on the environment of exported second-hand goods is very high altogether. More in-depth investigations in the sectors of steel making, energy production, cement production and mineral oil processing show that there is additional pollution of a considerable dimension. The transfer of used fossil power stations alone, with an overall capacity of 23 gigawatts, causes additional annual emissions of approximately 2.2 billion tonnes of carbon dioxide over a 10-year period in comparison with modern power stations (BAT). Another example are annual exports of over 300,000 second-hand vehicles to West Africa. They lead to an annual additional emission of 6,000 tonnes of nitrogen oxide and 70,000 tonnes of carbon monoxide. The substantial emissions emanating from the rapidly growing number of second-hand imported goods in developing countries and emerging

markets are alarming, in view of local and regional environmental protection as well as global protection of the environment (particularly the protection of the climate).

The energy efficiency of buildings in developing countries and emerging markets

The proportion of building activities world-wide accounted for by the developing countries has risen from only 10% in 1965 to 29% in 1998. In many of these countries there are high rates of new buildings being constructed. In China, for example, almost half of all urban dwellings were only built in the 1990s (1998 figure). Here, as in the other countries investigated, attention is not usually paid to constructing energy-efficient buildings.

Buildings typically use up one third of a country's energy and about half of its electricity. At the same time building methods which are not energy-efficient often result in buildings having an energy consumption which is 50% higher. The maladjusted building methods in many developing countries and emerging markets therefore have considerable effects on the energy consumption and the greenhouse gas emissions of these countries. In China alone an additional 800 million tons of CO₂ will result in the next 10 years due to non-energy-efficient building methods. If one considers that buildings have a life span of sometimes more than 100 years it becomes clear that misguided planning here will lead to large problems in the future.

One of the main reasons for non-energy-efficient methods of constructing new buildings in developing countries and emerging markets is that it is only in the rarest cases that the owner is at the same time the user of the building. The owner is usually only interested in producing plenty of useful space at as low a price as possible. Apart from this, the state often neglects or fails to provide suitable energy efficiency standards for buildings.

Conclusions

During the 1980s and the 1990s an intensive environmental policy debate took place concerning the relocation of entire branches of industry as a result of stricter environmental legislation. However—apart from a few exceptions—no considerable relocation has so far occurred. The

recent transfer of environmental pollution through the export of second-hand goods is equally significant in terms of environmental policy. Yet this topic has so far received limited attention. This is certainly due, not least, to the poor availability of data, but also to the complexity of evaluating individual exports. In view of the recognisable effects on the environment, however, it will become imperative to think about solutions.

In principle a broad spectrum of options is available. Due to the heterogeneity of the subject matter uniform approaches for all industries and countries will not be possible nor reasonable. However, it can be assumed that in principle the upgrading of second-hand capacities and the use of advisory services to determine particularly critical components would allow substantial reductions in emissions. Development banks, export credit institutes and also operator models could cushion the higher capital outlays for the purchase of new installations or the costs of upgrading second-hand imported goods. Further potential starting points are the introduction of benchmarking and labelling systems, minimum standards for certain second-hand exports and guidelines for manufacturers and dealers, possibly in the context of the OECD. It might even be possible to bring about a link between the trading of second-hand goods and discussions and activities in the field of the Clean Development Mechanisms (CDM) or to extend the scope of the CDM to include the sector of second-hand machinery and equipment. The similarity in the problems, the objectives of the CDM and the scale of the potential for savings estimated in this study on the basis of case studies seem to justify this approach. In the case of the export of second-hand vehicles a special evaluation and development of the current "end of life" policies would certainly make sense.

For the further debate of the topic it should be noted that many questions remain open. Numerous details are still unclear. Questions concerning the causes and the effects of the trade in second-hand goods and the potential influence of environmental policies lack answers. For example, the environmental success of various import policies is largely unknown. Additionally, the topical question remains unanswered as to the extent to which the negotiations in the framework of WTO and GATTs alter the trade with used machinery, equipment and vehicles and to what extent they trigger reactions related to the environment. The many open questions should nevertheless encourage action, rather than passive acceptance of the developments.



NSDS Formulation and Implementation in Europe: Experiences and Good Practices

Presentation by Dr. Günther Bachmann on behalf of the Network of European Environment and Sustainable Development Advisory Councils (EEAC)
Asia Europe Environment Forum (AEEF) Conference, Jakarta
“1/3 of Our Planet: What Can Asia and Europe Do for Sustainable Development?”
23–25 November, 2005

National SD Strategies: Emerging new tool to address persistent challenges

In modern societies, growth patterns still continue to produce non-sustainable trends of our economic, social and ecologic development. These are persistent challenges. The current mainstream production and economic growth did not yet bear a prosperity model achievable for people of the whole planet in a way that safeguards environmental

assets and respects the need of future generations. However, we need growth for poverty reduction, democracy and the well-being of more and more people. But we still have to foster the idea that this kind of needed growth has to be achieved through sustainability and not against it.

In the 1980s, the Brundtland Commission brought the idea of sustainability into the global political arena. In its wake came UN summits, multilateral environmental agreements, and a host of campaigns promoted by civil society and business, e.g. the Global Compact. But as visions and words were high, action was low,

far too slow and way too reluctant. Whereas the world must try harder on the global approaches, an additional instrument is getting more and more political profile. National Sustainability Strategies first appeared only in the margins of the political focus that emphasised global diplomacy and state-based activities. Only now and in a learning-by-doing fashion those strategies are gaining momentum. Judging from experiences in European frontrunner countries, such strategies offer a range of new options for policy making towards sustainable development. This is not saying that every “offer” is already implemented to its full capacity. Despite political setbacks that happen from time to time, however, there is an increasing relevance of NSSDs in Europe. For a better understanding why this is the case, it seems useful to understand the political expectation and potential associated with NSSDs. These can be summarised as follows:

- National Sustainability Strategies offer an opportunity to turn vision into specific action by introducing clear-cut monitoring rules that may increase political credibility.
- With targets and timetables, quantitative objectives and indicators, and best-practice competition elements those strategies provide new tools for bringing commitment to actual policy. By doing so, they



Emerging new tool

- * **turn vision into action**
- * **tools for commitment**
- * **involving stakeholders**
- * **organising participation**
- * **communicating and rethinking**

Günther Bachmann,
November 2005

presentation ASEF Jakarta
meeting

offer a way to rethink and realign what contribution can be made and is to be expected by the state, by the private sector and the civil society.

- National Sustainability Strategies offer a frame for involving stakeholders and organising participation in a reliable and transparent way.
- They present a frame for publicly communicating the issues of sustainability, and by doing so, for rethinking visions for a fair and ecologically sound future.

It remains to be seen whether, in the long run, the implementation of sustainability strategies will continuously deliver results living up to this potential.

A significant feature for European NSSD is the link between the implementation of NSSD and the establishment of national advisory body for sustainability, the National Commissions for Sustainable Development, NCSD. With such bodies being established implementation seems to speed up.

Europe

The EEAC network (European Environment and Sustainable Development Advisory Councils) is a tool for sharing information and experience across Europe, and, at the same time, providing for input into European policies. Having started in 1993 as an environmental network exclusively, more than 30 councils from 16 European countries participate in the network today.

The councils are statutory bodies with the mission to advise national and regional governments on environmental issues and/or on issues of sustainable development. As working platform the EEAC network is having an annual conference and a workshop scheme.

increasing relevance of NSSD			
	NSSD	revised	NCSD established
UK	1994 SDS 1999 2 nd SDS	2004	2000 (succeeding a Panel1994)
Finland	(1990 report, 1995 report) 1998 SDS	2003	1993
Sweden	(1994-98 "green Sweden", 1999 Env.Qual.Objectives) 2002 SDS	2004	1999
Ireland	1997	2002	1999
Belgium	2000	2003/04	1997 (1993)
Germany	2002	2004, 2005	2001
Netherlands	(NEPs: 1989 - 2001) 2002/03 SD Action Program	2005	No NCSD, several others engaged
Portugal	(NEP 1995) NSSD draft 2002, draft 2004		1998
Hungary	(NEP 1997, NEP-2 2003) commitment: NSSD 2004		1995 (Env. Council with stakeholders)

Günther Bachmann,
November 2006

presentation ASEF Jakarta
meeting

Originally covering environmental issues exclusively, the network only recently changed its name to include sustainability issues as well. The reframing of EEAC responded to the fact that Sustainability Councils are covering environmental aspects as core issues and put them in a broader picture. They also feature stakeholder body approaches instead of staying purely scientific-based.

As of 2003 the network set up a Working Group on Sustainable Development. The Group produced a number of policy papers reflecting the state of the European SD Strategy. Experimenting with new ways of building up capacity the group organised a piece of research that finally produced the joint study “Sustaining Sustainability.” Financing this study in itself was part of the networking idea. The participating Council raised the money from their national budget. Additional support was provided by the EEAC network itself. As countries with established Councils, Belgium, Germany, Finland, Ireland, Portugal, and the UK participated, plus three countries with environmental or other Councils successfully engaged in the SD agenda: Hungary, the Netherlands, and Sweden. For nine EU member states, the study did an in-depth analysis into the role of national councils for sustainable development in producing and implementing SD Strategies.

In the 1990s, the Netherlands pioneered what now is a quite long row of national sustainability strategies, some of them repeatedly revised, monitored, and relaunched. Whereas the first strategies did not produce any difference to regular environmental programmes, the second “generation” is. British and Scandinavian NSSD were trendsetters. In recent years France, Germany, Ireland, Portugal, Belgium closed up. Southern Europe and the Eastern Countries having only recently accessed the European Union did not yet take action. A remarkable exemption is Hungary. There are also regional strategies, e.g. for the Baltic area or for regions within countries, e.g. Flanders (Belgium) and Catalonia (Spain).

Europe: 14 SD Councils

participating in EEAC study 05

• Belgium: FRDO-CFDD	recently joining in:
• Finland: FNCSD	- Austria: SD Forum
• Germany: RNE	- Czech Rep.: SD Council
• Hungary: OKT	- France: CNDD
• Ireland: Comhar	
• Netherlands: RMNO	- Catalonia: CADS
• Portugal: CNADS	- Flanders: Mina-raad
• Sweden: MVB	
• UK: SDC	

Günther Bachmann, November 2005

presentation ASEF Jakarta meeting

Key findings as to the state-of-the-art of NSSD in Europe

The governance dimension turns out to be of key relevance for SD policies. That is a shared finding. However, answers to that challenge are different and probably will stay being different. Taking the social and cultural diversity throughout Europe into account, governance concepts rather link up with these differences in order to produce politically relevant results. In Europe, a variety of policy solutions are perceived as an asset, not as a problem, as long as outcome and delivery are meeting joint standards.

As the study is comparing European examples exclusively, its results



rate differences only as relative, but can give no absolute benchmarks. In other words, seen from outside of Europe and compared with global analyses, inner European diversity might appear less significant. Instead, coherence and common sharings might appear as dominant. Adding to that, the EU Sustainability Strategy forms a joint European

focus, despite all shortcomings of this Strategy that will be mentioned later.

Coordination and integration of policies are often described as a major challenge for sustainability concepts. It is a common notion that sector policies, as ambitious as they may be, often do not prove as good enough. As long as they are not connected with other sector policies they are likely to find their approaches counteracted. It is clear that coordination of administration activities and integration of policies can not sweep away any basic conflict of interests. On the other side, it is not every time a conflict of vested interests, but a realm of short-sighted views that even neglect long-term interests, not-up-to-date political thinking and administrative stubbornness that have to be overcome. In this sense, governance solution towards coordination and integra-

tion can help. By the way, this is not only true for the public sector. It is exactly a challenge for the private sector, too.

Therefore, efforts are needed—and performed—to balance public and private responsibilities. This is a wide open field for activities that are only just beginning. It is also a field that can only be successfully addressed in a learning-by-doing manner. Trying to properly balance public and private responsibilities is essential because a) NSSDs are inclusive concepts as mentioned above, and b) one-sided approaches often fail in getting broader support and are highly likely to undermine intrinsic commitments.

Transition towards sustainable development can not be otherwise conceptualised than as a process. Most countries meanwhile call it a “learning” process. SD Strategies can not be implemented like a “plan”, neither can they be implemented by the state through regulatory tools alone. They should not be reduced to one plan, one regulation or administrative order whatsoever. However, this is still a popular misconception against which European SD Strategies emphasise public involvement, the social responsibility of the private sector, and the idea that consumers and civil society need to get involved. At the core of any strategy is the effort to broaden up the SD scheme to allow for coverage of the SD process as a societies process. For this, flexible approaches and quantified commitments with targets and timetables seem to deliver a workable frame.

Policy leaders and administrative regulators often underestimate the need for particular commitments and mechanisms for coordination and improving policy coherence. This also applies to vertical linkages to the regional and local level which, so far, have mainly been a focus in Scandinavian countries, featuring a “bottom-up” approach, and in Belgium and the UK.



Key findings

- **Governance is key for action**
- **Coordination and integration of policies: not easy, but achievable**
- **Balancing public and private responsibilities**
- **Thinking in processes rather than in a single “plan”**

Günther Bachmann,
November 2005

presentation ASEF Jakarta
meeting



Useful categories to benchmark national SD Strategies are the following: leadership as opposed to ownership, top-down as opposed to bottom-up, firmness in monitoring as opposed to flexibility of action taken, framing the agenda as opposed to a more action-oriented focus. In reality, however, best-practice examples do not follow an either-or scheme. Moreover, they combine opposed elements in order to have it both ways. That is why oftentimes not the choice of policies is important, but the way they are combined.

- Leadership and coordination of the Prime Minister enhance the commitment and delivery of individual Ministries and keep the SD momentum on top policy level. There is no guarantee that leadership of top-ranking politicians enhances ownership of sector policies, but there is a good chance that it does (Germany, United Kingdom).

It is a general notion (except for the Finnish case) that in this respect the function of the Prime Minister is mainly a Government function not being associated in particular with chairing the NCSO.

- In most European Countries analysed in the study the political leading role and the role of an administrative driving force is assigned to the Ministry for the Environment.
- Civil society and the private sector are involved either through the composition of NCSO and/or by a scheme of consultations, be it public or administrative round tables. Approaches vary from proactive performance of full involvement to rather poor elements of dialogue that correlate with a relatively low degree of self-organisation of civil society.

“Dialogue fatigue” is a well-known phenomenon that often pops up when the dialogue is lengthy, without leadership and only badly facilitated and followed-up.

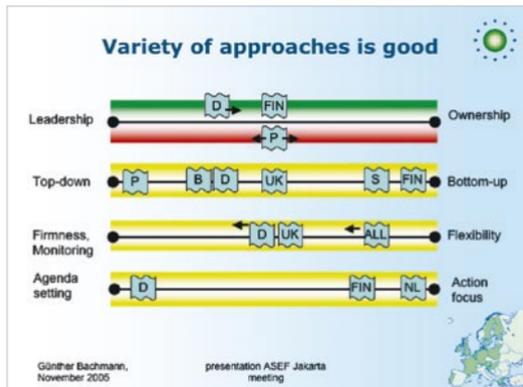
- NCSO serve as agenda setters and protagonists of new dialogue-based approaches to stir up political momentum. They may be assigned the task to “watchdog” implementation and monitoring. UK is a first mover in this respect. In other countries and around the review of the EU, SDS there is quite some debate about this issue of bringing in an independent monitoring facilitator.

Already NCSOs often function in the way of a public auditor. This is especially true when they have the task to communicate sustainability issues in the public.

The German case shows that with public communication tasks assigned to the NCSOs the NCSO process is enhanced and new elements such as peer reviews (also an important tool in France), challenger reports, and other reports (also in UK) turn out to play a good role in promoting the process-orientated political thinking. In Germany, a

recent peer review of the national SD policy discovered a number of success points. A “green cabinet” can assure leadership and coordination, and an up-to-date agenda. A stakeholder-based Council is needed. Its role would be best perceived as proactive and independent. The NCSO still keeps the momentum and is often used as a point of reference for commitments and actions of other bodies. This review was part of the BRICS+G conference¹.

The EEAC study pointed out some general shortcomings that form the “unfinished business” agenda of SD policies. Inter alia, the links of the SDS to other government programs often are too weak to establish joint implementation efforts. Linkages to local communities are rather weak and lack innovative and creative approaches. CSR concepts of the private sector are increasingly important, but only dealt with in the margins of SD strategies, as of today. How best to contribute to the UN Decade of Education for Sustainable Development is an issue covered only by few EU member states and Councils (however, once covered, activities like in Sweden are well-designed).



¹ BRICS+G is a dialogue between Brazil, Russia, India, China and South Africa plus Germany on sustainability and growth, initiated and organised by the German Council for Sustainable Development (RNE) and the Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. See www.bricsg.net

The EU Strategy for Sustainability—under review

There are non-sustainable trends that can only effectively be pursued collectively on a European level; and there are many others that are better dealt with on a national level, but where the European Union could play a vital role in encouraging and promoting appropriate actions.

The EU Sustainable Development Strategy (EU-SDS) in itself is a moving asset: The Lisbon and Gothenburg European Councils conclusions and the Johannesburg commitments² are forming the politically binding essence of the EU-SDS, with the Gothenburg conclusions defining its environmental dimension, while the 6th Environmental Action Programme and the Cardiff integration process supplement the environmental dimension of sustainable development in Europe. Also of relevance for European sustainable development policies were the Commission Spring Reports and the Commission's Communication "A sustainable Europe for a better world", which the Gothenburg Council draws upon. These documents are intertwined and refer to each other, making it difficult to pinpoint content and scope of a European Sustainable Development Strategy.

The EU-SDS has a number of positive features. It provides a general and comprehensive framework for sustainable development in the EU. It is a widely appreciated effort to set guidelines for political leadership at the highest level, underlining features of primary importance, e.g. decoupling of economic development and resource consumption and reform of environmentally adverse subsidies. However, the National SD Councils repeatedly criticised the EU-SDS and its current status. Key deficits are: outdated concepts and insufficient attention to the environmental dimension; no stimulation for public understanding; no leadership; missing link to national SD Strategies and to civil society activities in this field; no monitoring process so far designed and started. The European Commission is urged to revise the EU-SDS which the Commission is committed to do³.

2 UN-World Summit on Sustainable Development 2002, Plan of Implementation, Johannesburg

3 In February 2001 the EEAC presented a statement of proposals for the EU-SD Strategy, **Greening Sustainable Development Strategies**. There are many suggestions in that document which would still be relevant to strengthening and completing the EU Strategy.

A revised EU-SDS is expected to better link the European Strategy with what is done on the national level. Strengthening the setting-up of national Sustainable Development Strategies in those countries that did not yet come up with this instrument is another progressive feature of a revised EU-SDS, as is a better understanding of Europe's global responsibility and its model for social and ecological development.

EEAC regards it as being crucial that the revised Strategy be brought forward by the Commission as a whole. The Sustainable Development Strategy and its monitoring and implementation should continue to be coordinated from the Secretary General's Department, with supporting machinery adequate to this strategy work. There is one task that seems to be obvious and without question, but is nevertheless difficult to achieve. This task reflects a "dogma" for any further communication effort. Europe needs to document its strategy in a well-visible and readable way.

Good practices

Dialogue and agenda setting

It is high time to intensify learning dialogues around national approaches to Sustainable Development Strategies. This is true within Europe, and it is especially true when we look at the issue of growth and sustainability on a global scale. Emerging economies are shaping a new global socio-economic and political topography. It is precisely the responsibility of old industrialised countries to prove that National Strategies on Sustainable Development (NSSD) actually make a difference, e.g. that it is possible to decouple growth from resource depletion and to best-practise what is on top of the agenda. Energy-related issues are the single one most important field of action: starting to produce power

Where we can do better

IMPROVEMENT POTENTIALS FOR:	B	D	FIN	IR	NL	P	S	UK
1. Policy/ SDS coherence	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Architecture of SDS								
- Move from actions to strategy / improve architecture	<input type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	?		
- Make SD more concrete	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		?		
3. Monitoring and review								
- Improve selecting priority fields and overall systematic approach	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- Measure progress with indicators	<input checked="" type="checkbox"/>	?	<input checked="" type="checkbox"/>					
- Agree on targets	<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
4. Improve bottom-up approach								
- Increase ownership	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Improve way of stakeholder consultation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Horizontal coordination								
- Getting Ministries committed	<input checked="" type="checkbox"/>							
6. Vertical coordination (national)								
- EU (SDS) link	<input checked="" type="checkbox"/>							

Applies strongly
 Applies to a lesser extent
 Applies in general, no particular deficiency
 ? Indicates

Günther Bachmann, presentation ASEF Jakarta meeting, November 2005

plant facilities for a clean use of coal, dramatically increasing energy efficiency, phase-out of “easy oil” by stirring up new technologies such as biofuels (sunfuels) and renewables and implementing them as transition technologies for hydrogen fuel cell technologies, sustainable use of natural resources. An upcoming issue is meeting the challenges of demographic change for work-life balance, health, urban development,

education, mobility, consumer politics. The biodiversity issue is an outstanding challenge worldwide. Europe’s contribution will have to link up. The issue of sustainable consumption and production patterns still is, at least in Germany, a somewhat underestimated issue.

On the agenda

- **ENERGY**
 - clean use of coal
 - energy efficiency
 - end of “easy oil”
 - biofuels and renewables
- **biodiversity**
 - sustainable use: forest, agriculture
 - land consumption
- **demographic change**
 - work-life-balance, and education
 - urban development, mobility
- **sustainable consumption and production**

Günther Bachmann, November 2005 presentation ASEF Jakarta meeting

Communication

Communication is often perceived as a mere add-on to political decision-making. This perception is outdated.

There is quite a range of good-practice examples throughout Europe covering support funds for civil society innovative activities at local

level, journalist awards for SD reports, participative competitions among youth stimulating interest and engagement.

Communicating sustainability

What was that song?

is a key issue

Günther Bachmann, November 2005 presentation ASEF Jakarta meeting

Benchmark ratings covering corporate sustainability reports stated an increase in quality and quantity. There seems to be an increasing acceptance and influence of sustainable

investment ratings on capital markets. At least in Germany, new features of public communications also cover consumer information. There is a tendency to enlarge traditional product tests by adding to the product score card an indication as to the corporate social responsibility the producing company is performing.

The political communication around the buzzword “sustainability” comes up as tricky. The word is not easy to catch, as is often said. On the other hand, new forms of partnership turn out as innovation cells. Most important, sustainability is nothing that merely pops up in theoretical seminars. It is a living concept with a lot of people “out there” facing the challenge of sustainability in their day-to-day life. A recent German communication project was based on it⁴.

Monitoring Process

Europe is currently experimenting with different monitoring schemes: The introduction of peer review procedures incorporating also external views (by peers from abroad), approaches that assign the role of “sustainability watchdogs” to National Councils, state-based full referenced statistics that are publicly reported. Of course, in reality these approaches are often mixed up.

Monitoring schemes still do not live up to expectations. On all levels and explicitly on the European Unions level coordination and lead capacity need to be strengthened. Here, too, governance is a key issue. EEAC advises to introduce an independent high-level group or council composed of personalities that would act as a “Sustainability Watch.”

There is a need for an independent, interinstitutional body for monitoring the process of impact assessment carried out by the institutions with the help of stakeholder consultations.

The EU-SDS to be revised did not have sufficient visibility, and the reporting and monitoring procedures were inadequate. An enhanced reporting mechanism by member states and by the Commission itself should focus on core issues, and should be innovative in methodology, considering for example such new methods as rating or ranking performance on particular issues, exchange of best-practice examples etc.

⁴ Facing Sustainability, see www.facing-sustainability.de

The instrument of impact assessment, as an important tool for a proper SD monitoring, requires further development, and process quality should be improved. Monitoring should include the compilation of sustainability indicators, but should not be confined to this. It should include a broad dialogue involving civil society and leading to an assessment of political momentum, the degree of public engagement and involvement, and the adequacy of measures taken.

Learning network

The exchange of information and the involvement of stakeholders are the key for any learning and successful network. There are quite a few elements that are still missing, e.g. there is no best-practice survey so far, although there clearly is a considerable stock of practical experiences and projects that could be benchmarked as a best-practice tool.

Stakeholder consultation needs to be conducted in a way that stimulates controversial and productive dialogue. But hardly ever this is the case.

As the non-sustainable trend in modern societies features high-technology issues as part of both the problem and the solution, it seems wise for learning networks to incorporate a knowledge-based exchange. This is



often perceived as a challenge in itself. Because modern science tends to disaggregate and disintegrate its objects in order to attain results, whereas society is often asking for holistic and comprehensive views.

There is a need to learn about points of common interest, differences and the better points of

national sustainability strategies, and to develop new political options. This is underlined by experience in European co-operation, and applies to the European network of EEAC and to the global debate.

Reflections on policy fields particularly difficult to make progress in, and requests for joint actions in key fields such as climate change, renewables and the other items on the agenda mentioned above reveal the necessity to significantly broaden national manoeuvring space. The challenge ahead of us is large enough to make use of every bit of a learning network that emerges anywhere.

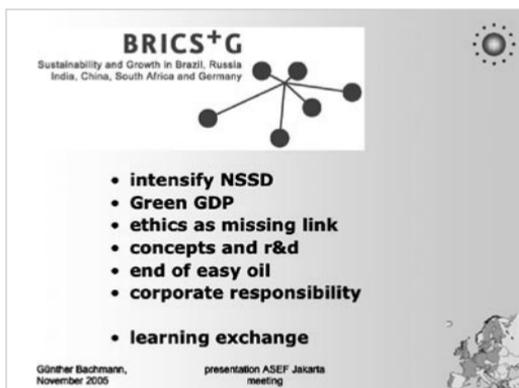
Advisory Mechanisms

In several EU member states the creating and monitoring of Sustainable Development Strategies is invigorated by the active participation of a Sustainable Development Council. The political authority of a council and its reach is greater if the council is linked to the “highest level.” An independent and deliberative style seems to be the most productive.

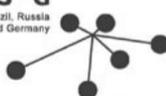
SD councils are well-acknowledged “watchdogs” for the aspects of governance, leadership, and agenda setting. They provide breeding grounds for innovative approaches. SD councils’ experience is that they can contribute significantly to a better communication of SD policies—be it through their members who carry the debate and results into their organizations, be it through innovative actions showing the feasibility of SD communication and, by doing so, encouraging other groups to multiply these actions by setting up own projects.

Global outreach and national policies: The example of the BRICS+G project

The project “BRICS+G Sustainability and Growth” represents a new kind of international dialogue on the question of how economic growth can be put on a basis which is supportable for nature and society, and what differences sustainability strategies make.



BRICS+G
Sustainability and Growth in Brazil, Russia
India, China, South Africa and Germany



- intensify NSSD
- Green GDP
- ethics as missing link
- concepts and r&d
- end of easy oil
- corporate responsibility
- learning exchange

Günter Bachmann,
November 2005

presentation ASEF Jakarta
meeting



The dialogue underlines that setting national objectives and indicators for the development of society and the environment is a tool of prime importance. Stakeholder participation is another important element. If a strategy for sustainability and growth is to stand the test of time and be successful, there must be due consideration of economic, ecological and social aspects with an integration of sector policies. Furthermore, it is important to send out a signal that the subject of sustainability is very high up on the political and economic agenda. The dialogue **BRICS+G** provides a series of stimuli particularly for Germany:

- **Green GDP:** We must be more discriminating than we have been in asking ourselves what level of growth we actually want and which products and services will be sustainable in the future. The fact that several BRICS countries are working on concepts for a “green GDP” should be perceived as an intellectual competition. We all need a national accounting which segregates unproductive ecological and social costs accruing for future generations in respect of inherited environmental burdens.
- **Ethics as missing link:** The BRICS countries clearly show that culturally defined ways of life, ethical values, and societal standards are of great importance for consumption and methods of production. Dialogues such as the BRICS+G project are indispensable for a better understanding of the importance of basic cultural models and, ultimately, the global opportunities for sustainable development.
- **Concepts for future:** In the search of paths to a circular economy, an economy without waste but with product responsibility and liability control, renewable energies, the linking of protection and use of nature, comprehensive concepts are called for which can create and shape the cohesion of individual measures.
- **End of easy oil:** The future of our standard of living and mobility continues to depend on oil. However, there are many signs indicating that the days of “easy oil” are numbered. Climatic risks and dependence on oil make all economies (and developing economies in particular) increasingly vulnerable, with all the negative implications on security and peace that this entails. The capacity for innovation and application of renewable alternatives is the actual scarce future resource for the economy. We need to understand that we are only at the beginning of a transition of our energy system, globally.

- Corporate responsibility as part business meeting sustainability challenges: Corporate responsibility for social and ecological standards involves a challenge for any company. However, what first appears to be a money spending mechanism turns out as something totally different if scrutinised more deeply. This is not yet fully understood in the corporate world and in civil society. However, first examples show the substantial advantages in long-term competition if some concepts become an integral part of corporate management.

An international learning exchange on national sustainability strategies needs to be strengthened, or at all developed.

www.eeac-network.org

www.nachhaltigkeitsrat.de (German NCSD, English website available)



Important, Overdue and to Be Revised

Comments submitted by the German Council for Sustainable Development on the Review of the European Sustainable Development Strategy (European Commission's Communication of 13 December, 2005. KOM (2005) 658 end)
1 February, 2006

1 An overdue step

Europe has given itself a pause for thought following the failure of the Constitution in France and the Netherlands at the first hurdle. Since the launching of the euro and enlargement to EU 25, Europe has not been able to muster the strength to decide on its next steps. Yet, as time goes by, the challenges facing the Community in terms of demographic change, China's and India's technical and economic advancement and the climate and resources issues of the future are not getting any smaller. Political Europe has opted to take a break rather than to draw the lines of long-term policy in a politically more strongly integrated core of the EU.

With the review of the EU's sustainable development strategy come new opportunities and possibilities for adopting forward-thinking ways and

eliminating shortfalls, provided that the strategy is drawn up with the requisite courage and farsightedness.

The European Commission's communication has been a long time coming. The European sustainable development strategy adopted in 2001 (Gothenburg Summit) proved ineffective and, consisting of fragments of a variety of documents, was virtually impossible to communicate. Also the rather blockading than innovative discussion concerning the relationship between Lisbon and the sustainable development strategy has, to date, remained contradictory and ambiguous. In many European member states, a national sustainable development strategy has since been adopted and, in part, reviewed several times over. At this advanced stage, the fact that, at action level, Europe has been falling behind over the past few years has become increasingly more problematical since—as is the case with Germany's sustainability strategy—problematical trends in energy and mobility policy have been addressed, for example, and acting options highlighted which necessitate measures at both national and European level. The RNE therefore welcomes the Commission's communication. The communication has strengths that need to be nurtured and weaknesses that need to be eliminated:

- strengths in the structure, i.e. in the statements on the procedural character of the sustainable development strategy, and grave
- weaknesses in substance, i.e. in the issues, objectives and quantified statements.

The strategy needs to be revised. For this reason, the intention of the Austrian Presidency of the Council to revise the communication and to facilitate a broad-based process with the aim of forming opinion is a welcome step. The Presidency of the Council has invited the member states to look into new ways of building networks and of improving the mutual exchange of opinions and ideas among the European states on the subject of national sustainability strategies.

The RNE suggests that the German government should support a fundamental revision of the strategy and that it should participate in the networking initiative. In doing so, it would appear expedient to take into account that Germany will assume the Presidency of the Council in the first half year of 2007.

2 Key issues of the Commission: The right choice but no keys

The Commission has singled out six issues of central importance to the policy of sustainable development in Europe⁵ and, for each issue, briefly evaluates the unsustainable trends before it outlines “key actions” within the meaning of political intentions and plans. However, the Commission bases its statements on far too few quantified goals and indicators. Criticism must be raised at this point since, in this area, the Commission falls short of the level attained in the member states which is undoubtedly also inconsistent and sketchy.

In the pertinent reports submitted by Eurostat and the European Environment Agency, the Commission has a very good basis for gearing the programmatic statements of the strategy more closely to a quantified analysis.

The six issues that have been chosen are the right ones. The Commission should be encouraged to continue its focus on working on the selected issues within the meaning of sustainability as a recurrent theme. A thorough revision should transform the choice of issues into a promising agenda. A seventh issue with a pressing key function should be added (see below).

- Certain key actions should be fundamentally replaced and supplemented.

The Commission denotes measures already in progress and, in some respects, short-term measures as key actions which are also pursued without the sustainable development strategy. The strategy puts them in a political context; such a framework is certainly meaningful. However, the choice of key actions evokes the impression that they have been selected randomly. Were it merely a question of these actions, the sustainable development strategy would be dispensable.

5 (1) Climate and clean energy, (2) Health, (3) Social exclusion, demography and migration, (4) Management of natural resources, (5) Sustainable transport, (6) Global challenges of poverty and development

Recommendation:

- Through other key actions, such as those pursued in Germany's sustainability strategy, the character of the policy of sustainable development could be more effectively underlined as a long-term, process-orientated approach. One such example relates to the strategy for fuel and drive technology. The fact that a course has been set for a cleaner use of coal as well as cleaner and efficient technology is also worth mentioning. Here, the EU also needs to play its part in pursuing greater technological and knowledge-based competence. The key actions also need to be improved in other issues.
- Key actions on resource management provide promising approaches.

In addressing the fiscal and market-orientated instruments, the communication is very reserved in its choice of words, evidently so as not to run the risk of being wrongly identified with political formulae such as "eco-tax" and "procurement", because they are limiting. Yet, the revenue-neutral shift of the tax burden from work to resource and environmental consumption is meaningful and necessary, as it treats all generations equally and fairly and offers the state viable funding options.

Recommendation:

- The reserved, defensive formulation should be abandoned in favour of an active denotation of the political options which could, for example, include benchmarking the approaches derived from the sustainable development strategies of the member states, phased plans and best-practice approaches. In connection with the missing seventh issue (see below), the instruments could take this up more intensively than has been the case to date.
- Concerning the procurement guidelines: In addition to the overall structure of the European budget, the role of European, national and local institutions as consumers is, above all, the decisive factor behind sustainable markets emerging. The Commission mentions the enormous weight (16% of Europe's GDP) that the relevant consumer decisions carry. Compared with this finding, the very welcome directive for "green vehicles" which the Commission is promising comes across at best as a tentative push forwards. New key actions are also needed here. The issue of "consumption and production models" is integrated into the emphasis on resources. Here, the issue could play a more prominent role if an action

plan was announced that does not merely repeat existing factors and elements. Public procurement must be at the forefront when reviewing the sustainable development strategy. It must also be perceived as the most effective communication tool.

- Issue 6 (global responsibility) has fundamental flaws.

Here, a complete revision is highly advisable if there is to be any hope of associating the differentiated perspective—which is required for issues on sustainable development—on developing and threshold countries, on fragile states and countries with rapidly growing national economies.

Recommendation:

- The Commission's call for an untying of aid to certain conditions should be rejected. In contrast, human rights, good governance criteria and constitutional state dialogues should be afforded greater standing in global responsibility. To do this, it would be expedient to consolidate funds.
 - The third key action (international environment management) is supported by the RNE. However, this key action also sticks to known positions and ignores the potential that the instrument of national sustainable development strategies has as a supplementary, new sounding board for global initiatives (Paragraph 162 of the Johannesburg Plan of Implementation). The Euro-Asian environment dialogue affirms these possibilities. The RNE suggests that the Commission should advocate a global exchange of information on sustainable development strategies.
- A seventh key issue is missing

The German Council for Sustainable Development recommends that one more issue be added: long-term competitiveness.

The relationship between the Lisbon Strategy and Sustainable Development Strategy has, over the past few years, constantly been a cause for lengthy discussion and all manner of speculations which have not furthered competitiveness or sustainability. Even today, it can still be maintained that both strategies are being used by lobby groups for ideological showdowns. Thankfully, the German govern-

ment informed the RNE in a letter from Minister for Foreign Affairs, Joschka Fischer, of 12 April, 2005 that it sees the need for relating both strategies more closely to one another as reform processes and for ensuring that their objectives and instruments do not contradict one another.

Recommendation:

- The German Council for Sustainable Development recommends that the long-term competitiveness of the European economy and of the European social, environmental and economic model should be incorporated as a seventh issue. The relevant cross-references to the implementation of the Lisbon Strategy are self-evident. The key actions on sustainability research which need to be developed anyway should, in this chapter, correlate with the goal of achieving a knowledge-based economic zone.

3 Effective follow-up measures with procedural character: innovative

The “effective follow-up measures” proposed by the Commission are important steps towards the improved implementation of the strategy which, in part, breaks new ground and makes courageous proposals which are worthy of being supported.

Europe and member states

The continuity aimed for in tackling the sustainable development strategy is meaningful in principle, but it remains all too vague. The sought-after 2-year review cycle gives no indication as to whether the present concept of having the spring summit tackle the sustainable development strategy on an annual basis will continue to be pursued. However, an annual political discussion on the policy of sustainable development could not be superseded by the submittal of a statistical document every two years.

Recommendation:

- The status of “sustainability being reserved for a nation’s top officials” should be maintained at the highest level. Diminishing it to a bi-yearly report would undoubtedly be perceived as a dilution of its importance and would not do justice to the high level of importance of the issue.

The incorporation of other European institutions and stakeholders is a welcome move.

The current absence of any reference in the European sustainable development strategy to the national sustainable development strategies of the member states and the lack of learning from one another are issues that have rightly been addressed. Whilst the recommendations which the Commission has made to the member states are considerable, recommendations also lend themselves for improving the approaches.

- The Commission above all is targeting states which still have no national sustainable development strategy and is calling on them to elaborate such strategies.

Recommendation:

- The reference to the establishment of councils for sustainable development is a welcome move. It confirms that the activities of the councils for sustainable development, specifically from Belgium, Finland, Germany, Ireland, Portugal, Sweden and the United Kingdom, are positive examples.
- The Commission furthermore recommends to those member states with strategies that they conduct reviews. The recommended “peer review” method is a reminder of the French procedure adopted in the years 2004/2005.

Recommendation:

- Whilst the French review is highly commendable, it is hardly suitable as a hard and fast directive for other member states. As a result, the RNE has also conducted a “peer review” of the German sustainability strategy, though not along the lines of the French method but more player-orientated (as part of the project entitled BRICS+G Sustainability and Growth in Brazil, Russia, India, China, South Africa and Germany, 2005). Other member states utilise procedures involving expert opinions and internal discussion rounds (A) or have assigned the task to the national council for sustainable development (UK).
- It is also recommended that the text passage on peer reviews should be geared to the idea that a review should be accounted for independently from the government. The statistical counter is highly important for monitoring and should be complemented

by a political evaluation involving the stakeholders as to the goals and what has been achieved. Key impulses for comparative evaluations are also provided by the internationally recognised Growth Competitiveness and Environmental Sustainability Index.

- The role allocated to the councils for sustainable development in the context of the review illustrates that the growing political significance of such councils is being recognised. This is a welcome move. However, it should be mentioned that the independent status of the councils for sustainable development must not be lost by allowing them to be integrated into a review process whose political importance is less far-reaching than the critically and responsibly established comments of a council.

Recommendation:

- Highlight the role and function of the councils for sustainable development with regard to their unbiased contribution to the public communication of sustainable development.
- Concretise and extend the peer review approach.
- To update the European sustainable development strategy, it is essential that a reference is made to the problem diagnoses which provide both the progress reports on the national strategies and the Eurostat reports. However, the current communication does not even mention the key indicators in abbreviated form which, according to Eurostat, are deteriorating—e.g. “defoliation.” Even contentious political follow-up measures (such as those in the fields of health and chemicals) should at least clearly describe where the problems lie.

Impact Assessment

The notion that the consequences of political measures are determined *ex ante* and *ex post* and serve to enhance political decisions is without doubt worthy of being supported. The Commission refers to the approaches which have already been taken which date from the development of the initial environmental impact assessments.

Recommendation:

In the view of the German Council for Sustainable Development, there is a lack of critical reflection on the opportunities and limitations of

this instrument. The very formulation of “the instrument for impact assessment” used by the Commission suggests, on the basis of corresponding Commission communications, that an undisputed instrument exists which can be used without hesitation. However, this is hardly the case. Especially in those areas that concern very long-term and highly complex ancillary effects—as is generally the case with sustainability issues—this assumption cultivates the illusion of plannability and rational choice. It is recommended that impact assessments should be made the object of critical reflection to a greater extent.

Personal responsibility and activating involvement

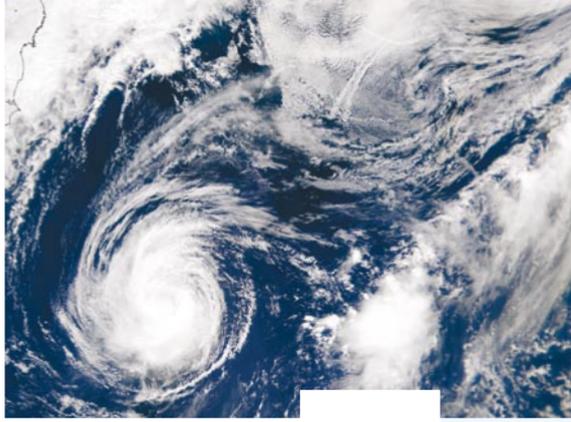
The comments on personal responsibility and the Commission’s intentions to involve the stakeholders and players in an activating manner in the sustainability actions are a welcome move.

High expectations centre around the announcement that the Commission will include the aspect of sustainable development in their entire information and communication activities.

4 Budgetary policy, financial perspective

For a sustainable development strategy to be effective, it is necessary to make reference to the financial budget (intergenerational justice). To date, this has only been the case in a few member states and not even the European Commission’s communication addresses the issue of financial perspective. Even where financial perspectives provide correct—though in comparison with the Luxemburg compromise proposal of June 2005 conservative—increases in research expenditure, these are not related to the criteria of sustainable development.

The budget negotiations being held between the Council, the Parliament and the Commission which are to be concluded in the next few months offer possibilities of incorporating the sustainable development strategy into the financial perspective.



Early Warning and Long-Term Sustainability

Key note speech by Dr. Volker Hauff
Major's Conference on Early Warning, Bonn
26 March, 2006

It is my pleasure to address this particular audience, both in my today's capacity as chair of the German Council for Sustainable Development and as someone who used to bear political responsibility as a Parliamentarian and Federal Minister and as a mayor of Frankfurt, one of the big cities in Germany.

At first glance, it seems a little bit odd to address this Conference on Early Warning with a talk about sustainability. Maybe, it even appears out-of-step to talk about intergenerational justice when the primary concern of Early Warning is focussed on the question how to get prepared for emergency responses. The one is about long-term issues, the other one seems to be clearly targeted on the immediate needs of the people.

And I want to be very clear on this point: My earnest and deepest respect goes to those men and women of the emergency response teams

who are first on the scene when e.g. a tsunami translates into a human catastrophe. I shall not forget to mention my appreciation for the work of the people who save lives and provide first aid to those suffering from a catastrophe.

Ladies and Gentlemen!

I would like to make a couple of points to you. They all come along one basic thesis. I am convinced that Early Warning and disaster control are linked to non-sustainable trends in our production and consumption patterns. Granted, there are natural disasters that are not man-made. Not each and every disaster can be tracked down to be of anthropogenic origin. But in one way or the other, the mere extent of damage they produce is often related to human settlement, to human behaviour, or the way we are provoking risks. We need to develop a clearer understanding of this fact. I think the common agenda of early warning and sustainable development is somewhat hidden and needs to be unearthed.

My first point is on experiences with early warning. In Germany, we have quite a tradition of early warning, more in a societal and not in a technical sense. As an example, let me refer to the German term “Waldsterben”, the forest dieback. During the eighties, “Waldsterben” was a real buzzword. It claimed that the forest suffers from industrial air pollution. And it predicted that the woods are doomed to die and disappear. And indeed, at that time the air was heavily contaminated with sulphur, ozone and nitrogen—and with respect to some other pollutants it still is today.

The ecologic impact of airborne pollutants triggered serious pollution control measures. In some areas hundreds of hectares of forest were almost completely deteriorated. But in general, Waldsterben turned out to be an exaggeration. However, as an early warning item it served the purpose. This, of course, was no rational political discourse. It rather was a public controversial debate loaded with emotions and ideologies—to some extent it still is.

In any case, the Waldsterben gives us a good example for lessons learnt:

Warning has to be based on scientific evidence. Political exaggeration or the media over-reacting is bad. Constantly crying ‘wolf’ and other

'gloom and doom' messages is no responsible attitude. In the long run this kind of popularised message may even counteract its purpose. But in the case of Waldsterben, it would have been much worse if the warning had turned out to be right.

Science is very important, but even scientists do not know everything. When we need information in order to assess the relevance of phenomena that might or might not evolve into a disaster, we experience science as "work in progress." That was the case with the mad cow disease and, today, it obviously is the case with the limited knowledge about the bird flu and the possibility of a pandemic. Every day we find ourselves surprised by some new information. What one day was delivered as state-of-the-art knowledge almost certainly gets overthrown by new evidence on the other day.

There is one major lesson for the way we are dealing with warnings—be it early or even not so early warnings: Credibility comes with a reliable communication of evidence. Evidence is credible when it conveys a sense of urgency without crying wolf.

Ladies and Gentlemen!

My second point is on one of the most general and the most important Early Warning issues, the climate change.

It is often said that the climate change is an experiment with the planet earth. What makes it worse is that this kind of experiment is different. Normally, what you expect of an experiment is that you can repeat it as often as you want. With climate change, this is different. We have only one try.

The hurricane Katrina was both: a real-time early warning and proof of global warming. Katrina was predicted and with unforeseeable social consequences, it was more expensive than calculated, and it displayed a message from the future: Indirect costs of energy supply will outscore direct costs.

There is no way to know exactly whose calculations on the oil peak are right. But it does not matter whether it is 2010 or 2020. With oil prices skyrocketing, the way we are using up oil energies might come to the end anyway.

Both the evidence of Katrina and the oil peak demonstrate the potentially devastating character of the impacts of climate change. These are no far-fetched gloom and doom predictions. This is what raises the concern of major corporations that are used to think business cases along long-term developments.

- The global mean sea-level rose by 1 to 2 mm annually in the 20th century. It will continue to rise by as much as 6 m by 2150.
- In the US alone, protecting coastal property from the combined effects of erosion and inundation due to sea level rise could cost anywhere from 100 billion to 300 billion US\$.
- A five-fold increase in extreme rainfall events is expected by 2050.
- Climate change could claim up to 37% of the world's species by 2050.
- Basically, any success in poverty reduction and the achievement of the UN-Millennium Development Goals are at risk.

Immediate effects of natural disasters are an existential threat to the growing world population. In 2005, more than 20.000 insurance incidents have been registered. GDP losses have peaked out to 165 billions US\$.

If emissions are not curbed, warming trends will accelerate further. But in Europe, emissions are not curbed. Only a few Member States did fulfil their emission reduction commitments. The Kyoto Protocol falls significantly short of what we will need over the next half century, if we are to tackle this problem seriously and properly. We need to be building a clearer understanding of how climate change and domestic demographic trends challenge sustainability efforts. As for Kyoto, we have to clearly communicate the fact that even with Kyoto we are still a long way short of what we actually need to do.

Instead, what we are seeing is this: Countries are investing serious money into what they call "sea defense." 40% of the English and Welsh industrial facilities are situated on the shore line. Around 15.000 km of European shore line are labelled as being at risk. The economic value that stands at risk is huge. Within 500 m on the European shore line, public and private real estate property is calculated to reach up to 1 bil-

lion EUR. No one can imagine the political impacts of such an economic degradation.

What do that those figures tell us?

First, they tell us the story of an Early Warning that is available to everyone and, nonetheless, is neglected.

Second, there is an additional message. These figure alters the equation. Before, climate change seemed to be only a tricky computing play. Now it is serious business.

To put it pretty bold: The warming is the warning. We need a re-globalization that is sustainable. We need to go for clean energies. A seamless energy grid that provides easy access to everyone is needed. Infrastructure is the key to sustain transportation and communication challenges in the future.

Countries of the North continue to shift non-sustainable consumption and production patterns on the next generation as well as on people living in other parts of the world, neglecting that the poor are especially vulnerable. Not only that they are immediately dependent on the natural capital. Most of them are forced to live in areas that are especially exposed to risks. They rarely have access to early warning communicating infrastructure. Therefore, I do really appreciate the effort of this Conference.

Ladies and Genlemen!

There is one last point I would like to make to you. That one is about the way we keep using the term "Nachhaltigkeit," sustainability.

In my mind, mainstream political thinking does not respond properly to the challenge of sustainability. Sure, there is no lack of often big-mouthed declarations that promise to save the world. But there definitely is a lack of action being delivered. Even where there are proper actions under way, they often are fragmented, or stand alone. The same might be the fact with some Early Warning efforts. As long as they come as a one-point solution to a one-issue challenge, they probably do not deliver as much as they could. We need to fit them into the big picture of sustainability strategies.

Frankly, we are in deep need of a rigorous communication strategy to address the challenge of a non-sustainable globalisation. We are in deep need of more leadership, more visibility, more effectiveness, and more action delivered. You might think this is only morality. But I assure you, if taken seriously, the return on moral would outscore any of the current efforts to increase competitiveness. The real challenge for competitiveness is spelled sustainability.

There is a need for quantitative objectives and indicators. One can not manage anything without being able to measure it.

However, even the German policy is not up to date. Take the example of energy policies. We developed ambitious programmes. A range of national, state and local government and industry approaches, including major investments to improve building materials and to modernise energy supply, have been instrumental in contributing to a significant proportion of the emissions reductions achieved.

It is particularly striking that the German energy policy is missing the point: As a high-technology country, our economy is more involved in global markets than any other national economy. So, I would expect Germany to play a key role in introducing clean energy technologies that have the potential to make a difference on the global level of energy supply. Germany has to replace power plants by orders of magnitude. Thus, the leapfrogging towards clean fossil fuel energies and clean coal is one of the major issues of Germany's energy policy in the future.

Ladies and Gentlemen!

I do not have the slightest doubt: Sustainability is an uphill battle, as is the political effort to decrease and manage the disaster impacts. Engagement towards sustainability is engagement against vested interests. Sustainable policies have to deal with changing production and consumption patterns. The majority of people still perceive unsustainable trends of e.g. consumption or mobility as their vested interests. That is true. We are up against a world of powerful interests.

But, there always is a "but."

If you take, on one side, all our knowledge about future hazards, disasters and risks, and if you balance this with cultural values, windows

of possibilities, innovative thinking and pioneering on the other side—then, the huge effort to bring these two sides together can be boiled down to a single word: Sustainability is it.

Sure, we must not overdo our promises to people. No instant success is to be awaited. No killer application is about to solve all problems at once. The issue of sustainability is long-lasting.

But anyway, I am realistically optimistic because of two reasons.

The first goes back to the years of the Brundtland Commission, the UN World Commission on Environment and Development chaired by the then-Norwegian Prime Minister Gro Harlem Brundtland, in which I had the honour to be a member. We were the first to introduce the concept of sustainability to the broader audience of international politics. In 1987, our report recommended inter alia an action that was first considered rather marginal. We asked the World Leaders to meet and discuss the idea of sustainability. This meeting took place in Rio de Janeiro in 1992 and was repeated in Johannesburg in 2002. I would not have dreamt what huge amount of activities and progress we triggered with this idea.

My second reason refers to a recent project of the German Council for Sustainable Development and the Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). The project was an international dialogue on sustainability and growth. We call it BRICS+G. We invited representatives from Brazil, Russia, India, China and South Africa as the emerging economies.

It was amazing to learn that the instrument of sustainability strategies is a well-shaped political tool in these countries. We found high-ranking officials that shared their experiences and views with us. And, of course, BRICS+G produced some messages to stay here in Germany: E.g. we are asked to take more responsibility in developing sustainable solutions for decoupling economic growth from resource depletion. Also, it is increasingly becoming clear that industrialised countries will be challenged by the emerging economies, economically, ecologically and politically as well. We need to reconsider our research efforts and cooperation approaches with respect to emerging economies. By doing so, this might turn out as an enormous benefit for both our economy and culture.

With this, I thank you for your attention. I wish the organisers of the Conference a fruitful day, and everybody in the audience something to carry away. It was my honour to try to provide my share.



Publikationen des Rates

Folgende Stellungnahmen und Veröffentlichungen sind bislang in gedruckter Form in der Schriftenreihe des Rates erschienen und unter redaktion@nachhaltigkeitsrat.de oder unter der Postadresse der Geschäftsstelle zu bestellen:

- Der nachhaltige Warenkorb
Ein Wegweiser zum zukunftsfähigen Konsum
- Weltpolitik und nachhaltige Entwicklung
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- Studie „Gebrauchsgüterexporte und Technologietransfer – ein Hindernis für nachhaltige Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern?“
- Nachhaltigkeit und Gesellschaft
Vorträge aus dem Rat für Nachhaltige Entwicklung 2001 – 2003
- Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft
Leitlinien einer modernen Kohlepolitik und Innovationsförderung
- Gebrauchsgüterexporte und Baupraxis von Gebäuden
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- Spaß und Sinn – Nachhaltigkeit
Kommunikationsprojekte des Rates für Nachhaltige Entwicklung 2001 – 2003
- Kurs nehmen: Deutschland nachhaltig verändern
Jahreskongress des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 1. Oktober 2003
- Bericht „Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft“
- Nachhaltigkeit im Visier
Schlussfolgerung aus der Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft
- Waldwirtschaft als Modell für nachhaltige Entwicklung: ein neuer Schwerpunkt für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- Das „Ziel-30-ha“ für die Nachhaltigkeit für Stadt und Land
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung

- Studie „TV-Medien und Nachhaltigkeit“
- Die Herausforderung von Johannesburg: Perspektiven und Prioritäten
Konferenzdokumentation vom 6. November 2003, Berlin
- „Welt ohne Nachhaltigkeitspolitik“
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Review der UN-Millenniumsziele in der UN-Generalversammlung im September 2005
- BRICS+G Sustainability and Growth: Brazil, Russia, India, China, South Africa and Germany in Dialogue on Sustainability Strategies
A Conference Report

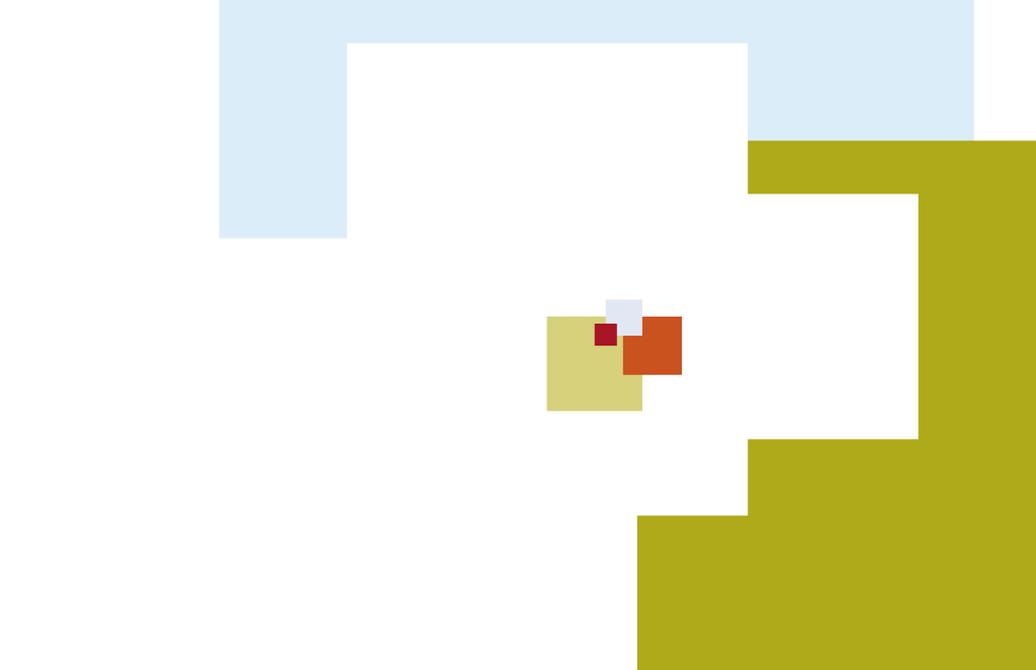
Der Nachhaltigkeitsrat informiert alle zwei Wochen in einem kostenlosen elektronischen Newsletter über Neuigkeiten aus dem Themenfeld Nachhaltigkeit sowie über seine Aktivitäten und Veröffentlichungen. Eine Anmeldung ist unter www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/newsletter einfach möglich.

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, Empfehlungen zur Nachhaltigkeitspolitik zu geben, Projekte mit Vorbildcharakter zu initiieren und das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Auf Europaebene nimmt der Rat über das Netzwerk europäischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte an den Diskussionen zum Review der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie teil. Er pflegt zudem einen regelmäßigen Austausch zu nationalen Nachhaltigkeitsstrategien mit anderen europäischen Nachhaltigkeitsräten.

Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung gehören 17 Personen des öffentlichen Lebens an:

Dr. Volker Hauff (Vorsitzender), Horst Frank, Rainer Grohe, Hermann Graf Hatzfeldt, Roland Heinisch, Prof. Dr. Stefan Homburg, Prof. Dr.-Ing. Eberhard Jochem, Prof. Dr. Edda Müller, Heinz Putzhammer, Prof. Dr. Jürgen Rimpau, Prof. Dr. Josef Sayer, Tobias Schlegl, Marlehn Thieme, Prof. Dr. Klaus Töpfer, Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Hubert Weinzierl, Dr. Angelika Zahrtnt



Impressum

Nachdruck 2008, Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
ISBN 3-9809190-6-4

Herausgeber: Rat für Nachhaltige Entwicklung beim
Wissenschaftszentrum Berlin gGmbH

Fotos: Dr. Christiane Averbeck, Europäische Union, Alice Gayler und
Michael Stoyke – www.yfoto.de, GreenMediaNet, Roland Ströder, Sustainet,
<http://visibleearth.nasa.gov/>

Grafik-Design: www.bert-odenthal.de

Lektorat: Petra Thoms, Berlin

Druck: www.quintdrucktmitwind.de

Gedruckt auf Recymago (aus 100 % Altpapier)

Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Rat für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de